

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . K 2 15.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlieferung der  
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

## Bertheidiger der Reaktion.

So bar aller Einsicht die Herrschenden bei uns ihre Macht ausüben, so sehr sind sie seit dem Inslebenbetreten des Staates bemüht, vor den Augen des westlichen Europas als Anwälte des Rechtes, der Vernunft und der Demokratie zu erscheinen. Die Kenntnis des Auslandes über die wirklichen Zustände im Staate zu verhindern und diese in strahlendem Glanze erscheinen zu lassen, ist Aufgabe der berichtigten Auslandspropaganda, für die der Regierung keine Kosten zu groß erscheinen. Die Verfälschung der öffentlichen Meinung des Auslandes verschlingt jährlich große Summen, aber die Auslagen haben sich bis jetzt für sie gelohnt, denn da vorläufig alle Staaten genug der eigenen Sorgen haben, ist ihr Bedürfnis, die Wahrheit über die inneren Zustände in unserer Republik zu erfahren, recht gering und so konnte das Ausland leicht den Schönfärbereien der gewerbsmäßig betriebenen propagandistischen Tätigkeit der bezahlten Umflüger zum Opfer fallen. Wer je Gelegenheit hatte, mit Ausländern zu sprechen, wird über ihre Unkenntnis der wahren Zustände bei uns verblüfft gewesen sein.

Aber neben den honorierten Propagandisten der Machthaber gibt es im Ausland auch solche, die freiwillig, aus ihren politischen Bedürfnissen und moralischen Reigungen heraus, dieses nicht gerade ruhmvolle Amt ausüben. Ein Beispiel dafür war der von uns kürzlich besprochene Artikel des Dozenten Dr. Hannes Sköld, Dozenten der Universität Lund in Schweden, der im Stockholmer „Sozialdemokraten“ als Kuckucksei eingeschmuggelt worden war und in dem wahre Nummernmarchen über das Verhältnis von Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakischen Republik erzählt wurden. Von einem ähnlichen Fall sei hier berichtet:

Zur Zeit der Beratung des Schutzgesetzes erschien im Pariser „Le Populaire“, dem Hauptblatt unserer französischen Genossen, aus der Feder des Genossen Brade ein Artikel „Ein freiheitsfeindliches Projekt“, der das Gesetz als ein neues Beispiel der Reaktion besprach, welche, als Folge des Krieges, alle bürgerlichen Regierungen ergreife. Mehr noch als anderswo nehme die Reaktion im Staate des „vergrößerten Böhmens“, welches unter der Herrschaft der tschechischen Bourgeoisie steht, nationalistische Formen an. Sie richte sich gegen die Deutschen, gegen die Magyaren und Slowaken, welche innerhalb der neuen Grenzen aller Autonomie beraubt seien. Aber sie verfolge auch nicht, sich gegen die Bewegung der Arbeiterklasse Waffen zu schmieden. Brade geht dann zur Besprechung der Bestimmungen des Schutzgesetzes über und meint, wenn der Raum es erlaube, den ganzen Text der 42 Artikel zu publizieren, bekäme man Abdrücke. Unter dem Vorwande, der Sicherheit der Republik zu dienen, sei das erste, das es tue, dem legislativen Arsenal der Monarchien und des Bonapartismus die Maßnahmen gegen das „Raschismusgesetz“ zu entnehmen. Wie jedes Ausnahmsgesetz, lasse auch dieses durch die Fassung seiner Paragrafen, alle Arten von Interpretationen zu, deren Anwendung auf was man wolle, sich erstrecken lasse. Kein Mitglied einer internationalen Organisation, kein Journalist, sei nach dem Gesetz sicher, der Verurteilung zu entgehen. Man werde nicht einmal sagen dürfen, daß sich eine Republik durch solche Gesetze einen bösen Ruf schaffe, und wenn der „Populaire“ heute in der Tschechoslowakei erschiene, würde er unterdrückt werden, umso mehr, als man das monarchistische Gesetz über die Konfiskationen und Zeitungseinstellungen — bei Tageszeitungen für einen Monat, bei Wochenblättern für sechs Wochen — beibehalten habe. Man gebe von manchen Seiten vor, die Partei der tschechischen Sozialdemokraten zögere, gegen das Unterdrückungsprojekt mit allen Kräften zu opponieren. Er, Brade, könne dies nicht glauben. Das würde bedeuten, daß sie sich entschren. — Dabei war dem Genossen Brade die volle Wahrheit unbekannt, daß die tschechischen Sozialdemokraten nicht nur „zögerten“, son-

## Die Antworten Englands und Italiens

Berlangen nach höheren Zahlungen und besseren Garantien. — Entschlossenheit zur aktiven Teilnahme an der Lösung des Konfliktes.

Nach mehrtägigen Beratungen haben die Regierungen Englands und Italiens ihre Antworten den deutschen Geschäftsträgern in London und Rom überreicht, mit denen die deutschen Vorschläge vom 2. Mai formal zurückgewiesen, zugleich aber neue, bestimmte Vorschläge erbeten werden. Beide Schriftstücke zeichnen sich durch einen ruhigen und streng sachlichen Ton vor der gereizten, ipisindig-juridischen Note Frankreichs und Belgiens aus und suchen die deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk zu überzeugen, daß sie nicht bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die italienische Regierung nennt auch ausdrücklich den Grund: Rücksicht auf „gewisse“, will sagen haftenkreuzerliche und großkapitalistische, innerpolitische Strömungen in Deutschland.

In ihnen erblickt sie und gewiß auch, ohne es deutlich auszusprechen, Lord Curzon, den Grund, weshalb von Cuno nur dreißig Goldmilliarden als Wiederherstellungssumme angeboten und weshalb die finanziellen und politischen Garantien bloß allgemein und unbestimmt gefaßt wurden. Man kann nicht zweifeln, daß die Reichsregierung, was diese Bemängelungen anlangt, den Wünschen Englands und Italiens entgegenkommen könnte, denn als sie ihre Vorschläge überreichte, wußte sie bestimmt, daß nun das Radtzen beginnen würde, und so hat sie wohl ein höheres und fester fundiertes Angebot in Reserve. Freilich ist es unwahrscheinlich, daß dieses die Höhe des englischen Zahlungsplanes vom Jänner 1923 erreichen könnte, denn damals durfte die britische Regierung noch mit den deutschen Einkünften aus dem Ruhrgebiet rechnen, die jetzt für lange Zeit, wie immer das Ruhrabenteuer liquidiert werden sollte, verloren sind. Wenn sich also Mussolini auf die Ablehnung beruft, die er im heiligen italienischen Egoismus dem englischen Plane seinerzeit mußte zuteil werden lassen, so drohen aus der Höhe der Zahlungssumme für Deutschland beträchtliche Schwierigkeiten zu erwachsen. Und es ist fraglich, ob Mussolini

genug gefundenen realistischen Gesichtspunkte besitzt, um zu erkennen, daß die Ententepolitik seit 1919 systematisch die deutsche Zahlungsfähigkeit vernichtet, so daß heute die Alliierten von Deutschland weit weniger verlangen, als es ihnen seinerzeit unter festen Garantien freiwillig abholt. Kommt es jetzt also wieder zu keiner Einigung, so wird die deutsche Zahlungsfähigkeit noch weiter unterwühlt und die berechtigtesten Wiederherstellungsforderungen können dann ins Wasser fallen. Den Garantiewünschen kann bei entschlossenem Tatwillen Deutschlands leichter Erfüllung werden. Die Regierung, hinter welcher hier die ganze arbeitende Masse stünde, hätte gewiß Mittel und Wege, um die großen Besitzenden bindend zu Leistungen und Pfändern zu verpflichten und um jeden Gedanken in der Entente, Deutschland sinne auf Revanche, den Boden zu entziehen.

Die Noten Englands und Italiens wenden sich dem äußeren Anschein nach nur an Deutschland, in Wahrheit aber auch an Frankreich und Belgien. Indem sie die deutsche Anklage, daß die Ruhrbesetzung dem Versailler Frieden zuwiderlaufe, mit keiner Silbe widerlegen, verurteilen sie sie vernehmlich genug, und ebenso ist die Schlusswendung beider Schriftstücke, welche Curzons und Mussolinis unterschiedenen Willen betont, an der Lösung der Reparationsfrage aktiv mitzuarbeiten, ein offenkundiger Protest gegen das selbstherrliche Vorgehen des Poincare und Theunis. Deutschland wird von zwei führenden Mitgliedern der Entente förmlich zu Unterhandlungen eingeladen. Es wird deren anderen Teilnehmern nicht mehr lange möglich sein, so wie seinerzeit in Versailles einfach zu diktiert.

### Die Note Englands.

London, 13. Mai. Die heute vormittags auf der deutschen Botschaft überreichte Note besagt unter anderem:

waren, was den Tatsachen ebenjowenig entspricht, wie die Behauptung, das Schutzgesetz „verfolge keinen anderen Zweck“, als den, „einerseits die monarchistischen Intrigen Horthys, andererseits die fascistischen Umtriebe zu bändigen“. Wie unwahr diese Behauptung ist, beweist schon der Umstand, daß die „Faschisten“ wie die „Rotweissen“ für das Schutzgesetz waren! Nach Winter hat das Schutzgesetz ein kostbares Gut zu schützen, die Verfassung, die so freibeitlich sei, daß man es gar nicht sagen könne. Was in Frankreich erst frommer Wunsch der Sozialisten ist, das ist in der Tschechoslowakei schon verwirklicht. Daß neben der schönen Verfassung die Zensur wütere, politische Verfolgungen an der Tagesordnung sind, daß noch immer das reaktionäre österreichische Vereins- und Versammlungsgesetz in Geltung sind, auch darüber schwieg der Herr Auslandsinformatör! Dafür plauderte er umjowehr von „monarchistischen und imperialistischen Umtrieben“ im Staate. Zum Schlusse beruhigt Winter den Genossen Brade, der vergesse, daß sich „die Hälfte der regenerierten Gewalt in der Tschechoslowakei sich in den Händen der Sozialisten befindet“.

So bringt es Winter fertig, den französischen Sozialdemokraten zu beweisen, daß es eigentlich ein sozialistisches Verdienst war, als die tschechischen Sozialdemokraten für das Schutzgesetz stimmten. Die Kunstgriffe, mit denen er seines Amtes waltet, sind nicht gerade neu. Sie zeigen aber, wie die Verteidiger der Reaktion auch im Auslande deren Rechtfertigung betreiben und darum verdienen sie, hier festgehalten zu werden. Daß schließlich auch zu dieser Note ein Titel gefunden werden wird, darauf können sich Winter und jene, denen er freiwillig zu dienen beflissen ist, sich verlassen!

Sw. Exzellenz: Ich kann Sw. Exzellenz nicht verhehlen, daß die Vorschläge Ihrer Regierung eine

große Enttäuschung

gewesen sind und daß die deutsche Regierung den ungünstigen Eindruck, den sie sowohl auf die Regierung S. M. als auch auf ihre Alliierten gemacht haben, nach meiner Ansicht hätte voraussehen und ihm daher vorbeugen können und müssen. Die Vorschläge

entsprechen weder der Form noch dem Inhalte nach

dem, was S. M. Regierung vernünftigerweise hätte erwarten können. Die Hauptgründe für diese berechnete Enttäuschung sind folgende:

1. Die deutsche Regierung bietet als Gesamte Bezahlung ihrer anerkannten Schuld eine Summe an, die weit unter dem möglichen Betrag liegt, der die Grundlage des der Pariser Konferenz im letzten Jänner unterbreiteten britischen Zahlungsplanes bildet, und die daher von vornherein als für die alliierten Regierungen völlig unannehmbar hätte erkannt werden müssen. Weiterhin wird die Zahlung sogar dieser unzulänglichen Summe von dem Ergebnis einer Reihe internationaler Anleihen abhängig gemacht, das unter den kundgegebenen Bedingungen im weiten Umfange ungewiß sein muß, und zwar in so hohem Grade, daß der von der deutschen Regierung vorgelegte Plan tatsächlich Bestimmungen enthält, die sich mit der Unmöglichkeit eines Rechtszustandekommens der Anleihen beschäftigen. Außerdem schließen die zu diesem Punkte vorgeschlagenen Regelungen finanzielle Bedingungen ein, die für Deutschland weniger drückend sind, als wenn die Anleihen erfolgreich wären, so daß ein wirklicher Anreiz für Deutschland gegeben ist, den Versuch der Ausbringung nicht zu machen.

2. Ganz besonders ist zu bedauern, daß es die deutsche Regierung unterläßt, die Art der Garantie mit größerer Schärfe zu bezeichnen, welche Deutschland zu bieten bereit ist. Statt greifbare und substantielle Vorschläge in dieser Richtung zu erhalten, sehen sich die alliierten Regierungen unbestimmten Versicherungen und Bezugnahmen auf künftige Verhandlungen gegenübergestellt, die in einer geschäftlichen Transaktion dieser Art des praktischen Wertes entbehren.

Die Enttäuschung ist um so größer, als die Regierung S. M. gerne den Glauben aufrecht erhalten möchte, daß in dem deutschen Memorandum Anzeichen dafür zu finden seien, daß die deutsche Regierung die auf ihr liegende Verpflichtung anerkennt, eine ernstere Anstrengung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus dem Vertrage von Versailles zu machen in einer Weise, die die Alliierten als billig und aufrichtig (equitable and sincere) ansehen können.

Wenn Deutschland die Absicht hat, den Weg zu einer wirksamen und schnellen Lösung eines Problems zu eröffnen, das, so lange es nicht gelöst ist, die politische und wirtschaftliche Lage Europas und tatsächlich der ganzen Welt in ernste Verwirrung bringt, dann scheint es bedauerlich, daß es nicht eine schärfere Abschätzung der Liniem betreiben hat, auf denen allein eine solche Lösung gesucht werden kann.

Die Regierung S. M. ist ihrerseits überzeugt, daß Deutschland in seinem eigenen Interesse es vorteilhaft finden werde, eine größere Bereitwilligkeit zur Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Lage zu entwickeln, und unter Ausschöpfung aller unweilentlichen und fruchtigen Punkte dazu schreiten werde, seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und zu erweitern, damit, daß sie in eine brauchbare Grundlage für eine weitere Erörterung umgewandelt werden.

An einer solchen Erörterung wird die Regierung S. M. bereit sein, im geeigneten Augenblicke an der Seite ihrer Alliierten teilzunehmen, mit denen sie ein praktisches Interesse an dieser Frage teilt, das sie ebenjowenig aufzugeben beabsichtigt, wie den Wunsch, einer Lage von internationaler Gefahr ein Ende zu machen. Aber sie kann der deutschen Regierung nicht verhehlen, daß der erste Schritt zur Verwirklichung einer solchen Hoffnung die Anerkennung seitens Deutschlands sein muß, daß eine viel ernsthaftere und viel bestimmtere Mitwirkung erforderlich ist, als sie bisher in die Erscheinung getreten ist.

Gezeichnet: Curzon of Kedleston.



### Die Note Italiens.

Berlin, 13. Mai. (Wolff.) Die heute mittags der deutschen Botschaft in Rom überreichte Note der italienischen Regierung lautet: Herr Botschafter! Die aufmerksame Prüfung des deutschen Memorandums vom 2. Mai d. J., das die Vorschläge der deutschen Regierung für eine Regelung der Reparationsfrage enthält, hat mich überzeugen müssen, daß sie

nicht geeignet sind, den alliierten Regierungen als Grundlage für eine entscheidende Diskussion zu dienen.

Meine wiederholten Bemühungen, die deutsche Regierung zu veranlassen, vernünftige und praktische Vorschläge vorzulegen, um aus der in Mitteleuropa entstandenen gefährlichen Lage herauszutreten, gaben mir einigen Grund zu der Hoffnung, daß der Schritt der deutschen Regierung einen Fortschritt auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Frage bedeuten würde: ich muß jedoch feststellen, daß meine Erwartung getäuscht worden ist, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage gezwungen, das Reparationsproblem und das Problem der interalliierten Kriegsschulden als immer mehr miteinander verbunden anzusehen. Es ist als feststehend anzunehmen, daß sein Interesse und seine Forderungen bei der Lösung dieser äußerst wichtigen Fragen nicht geringer sind, als diejenigen irgend eines anderen alliierten Staates.

Der deutschen Regierung ist bekannt, daß die italienische Regierung sich zu ihrem lebhaften Bedauern gezwungen sah, den von der englischen Regierung der Konferenz in Paris vorgelegten Pläne zur Regelung der Reparationen nicht beizutreten, weil er die unabwiesbaren Forderungen Italiens nicht genügend zu berücksichtigen schien. Deshalb muß die italienische Regierung mit berechtigtem Entzücken hervorheben, daß das deutsche Memorandum vom 2. Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbleibt, die in dem Plane der britischen Regierung enthalten waren: Abgesehen davon, daß die

für die Reparationen festgesetzte Summe offensichtlich weit niedriger

ist, als irgend ein noch so geringer Betrag, den man vernünftiger Weise hätte erwarten können, ist die internationale Anleihe, mit der die Zahlung dieser Summe vollständig bewirkt werden soll, nur als ein Mittel angegeben ohne die notwendigen genaueren Angaben und ohne daß gesagt wäre, wie für ihre Unterbringung und ihren Erfolg zweckmäßig gesorgt werden soll. Ebenso

fehlen konkrete Angaben über Garantien und Pfänder

sowie jede Bürgschaft für deren tatsächliche Verstellung. Der deutsche Vorschlag stellt daher keinen organischen und vollständigen Plan dar, wie er unbedingt notwendig gewesen wäre, um zu einer auch nur grundsätzlichen Erörterung Anlaß zu geben. Uebrigens beschränkt er sich auf eine Reihe von unbestimmten und ungenauen Angaben, die um so weniger Wert haben, je wichtiger die Fragen, auf die sie sich beziehen, für die allgemeine Regelung sind. Dieser Mangel wird von der italienischen Regierung bedauert, weil er zum allgemeinen Schaden jede Anbahnung einer Lösung des Problems verzögert und weil er die Ansicht, die gewisse Anhänger hat, stärken kann, daß Deutschland unter dem Einflusse gewisser innerpolitischer Strömungen der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtung zu entziehen suche.

Obwohl die italienische Regierung unter diesen Umständen feststellen muß, daß die deutschen Vorschläge

keine wesentliche Änderung der Lage

herbeigeführt haben und obwohl sie in ihren Erwartungen getäuscht worden ist, wiederholt sie ihren Rat, daß sowohl im Interesse Deutschlands als im allgemeinen Interesse des Friedens und der europäischen Wirtschaft eine baldige neue Entscheidung der deutschen Regierung zu Vorschlägen führen möge, die durch ihren Inhalt und ihre Bestimmtheit geeignet erscheinen, von der alliierten Regierung zusammen mit ihren alliierten mit Aussicht auf Erfolg einer Prüfung unterzogen zu werden.

## Enttäuschung in Berlin.

### Die Linkspresse für ein neues Angebot.

Berlin, 14. Mai. (Eigenbericht.) Der Inhalt der englischen und italienischen Note ruft in Berlin allgemeine Enttäuschung hervor; denn wenn man auch mit einer ablehnenden Antwort gerechnet hatte, so hatte man doch nicht diesen Ton erwartet. Immerhin glaubt man, daß die Diskussion nicht abgebrochen zu werden braucht. Es wird an der deutschen Regierung liegen, ein neues geeignetes Angebot fertigzustellen. Die Linkspresse legt sich nun in der Kritik der Regierung keine Zurückhaltung mehr auf und erklärt, daß die deutsche Note so ungeschickt abgefaßt war, daß man von Anfang auf keine andere Antwort rechnen durfte. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ sagt, es müsse nun endlich einmal festgestellt werden, wer die Reparationen zahlen solle. Der Versuch, die Nachkriegsschulden mit der Notenpresse zu tilgen, habe nur zur Enteignung des Mittelstandes und zur Bereicherung der Sachwertbesitzer geführt. Daß die Kriegs-, Revolutions- und Reparationsgewinnler nun endlich einmal zahlen, verlange das Ausland, weil nur die Sachwerte eine genügende Garantie bieten, und das Inland, weil die Mittelklasse es satt hat, sich unter patriotischen Phrasen enteignen zu lassen. Daß es dem Kanzler nicht leicht falle, als Freund der Wirtschaftskreise an die Sachwertbesitzer zu schreiben, sei selbstverständlich und schon mußte man vom bevorstehenden Rücktritt der Regierung. Doch wollen ihn vorläufig alle Parteien noch vermeiden. Die Sozialdemokratie sei der Ansicht, die

Regierung der „diskontofähigen“ Wirtschaft sei verpflichtet, die Verantwortung weiter zu tragen.

Mit Ausnahme einiger rechtsradikaler Blätter tritt die gesamte Presse für ein neues Angebot ein und fordert, daß es nicht ohne Zustimmung der Parteien ausgegeben werde.

### Weitere Devisenhäufung in Berlin.

Berlin, 14. Mai. (Eigenbericht.) Die Devisenhäufung hält ungeachtet der beiden ungünstigen Antwortnoten selbstverständlich an. Heute notierten: Der Dollar 45,885, das englische Pfund 212,000, der Schweizer Frank 8079 und die tschechische Krone 1321 (1281).

### Cuno — ein Hafent Kreuzler?

Berlin, 14. Mai. (Eigenbericht.) Anlässlich der Verhandlung des Protokolls gegen die Auflösung der deutschösterreichischen Freiheitspartei gab es heute im Reichstage eine kleine Sensation. Der Deutschnationalen Gräfe erklärte, der Kanzler habe um die Tätigkeit der Freiheitspartei gewußt, der Innenminister erklärte daraufhin kleinlaut, der Kanzler habe sich allerdings von dem Bandenführer Rohbach einen Vortrag über Jugendziehung halten lassen. Der Kanzler habe Rohbach ernst genommen und habe erst durch die Presse von der Tätigkeit der Freiheitspartei erfahren.

Die politische Physiognomie des Reichskanzlers Cuno wird immer sonderbar!

# Die Verstaatlichung der Buschtiehrader Eisenbahn.

### Vor der Annahme der Vorlage in der Abgeordnetenkammer.

Wenn auch die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Gesetzesvorlage betreffend die Verstaatlichung der Buschtiehrader Eisenbahn noch nicht abgeschlossen sind — es fehlt noch die Abstimmung, die nicht vorgenommen werden konnte keiner Präsenz der Koalitionsabgeordneten, denen der Fochrummel natürlich wichtiger ist, als eine Sitzung des Abgeordnetenhauses — so ist doch bereits sicher, daß die Vorlage von der Koalition geschluckt werden wird. Zur Koalition gesellen sich diesmal die Kommunisten, die durch ihren Debatteredner bereits zu erkennen gaben, daß sie für die Vorlage stimmen werden. Es ist dies eine merkwürdige Illustration zur Behauptung des Reichsenerger „Vorwärts“ von der „zahmen“ Opposition der deutschen Sozialdemokraten und von dem viel „energischeren“ Auftreten der Unentwegten. Die sich also anschiden, dem Eisenbahnminister Ströbrunn, der dem Diktate der Faschisten folgend, die Maisfeier der Eisenbahner verbot, heute ein Vertrauensvotum zu erteilen.

Unsere Genossen werden selbstverständlich gegen die Vorlage stimmen, da schon die Art, wie die Vorlage vor einigen wenigen Tagen ins Haus geschneit kam und wie sie durchgepeitscht wird, Bedenken schwerster Art erregen muß. Am 11. Mai nachmittags war die Vorlage plötzlich im Haus, weil die Koalition wegen ihrer inneren Differenzen gerade nichts anderes zur Verfügung hatte. Am selben Tage mußte der Verkehrsaußschuß die Vorlage genehmigen und ein Antrag, die Verhandlungen des Ausschusses auf den nächsten Tag zu verschieben, damit die Ausschußmitglieder die Vorlage studieren können, wurde abgelehnt. Daß die Sache aber doch nicht so eilig war, zeigte der gestrige Tag, an dem die Abstimmung wegen irgend eines Diners zur höheren Ehre Fochs verschoben wurde.

So wird also der letzte große Eisenbahntörper vom Staate übernommen werden. Wenn der Staat diese Last dazu benützt, um eine einheitliche Verkehrspolitik zu betreiben und die Durchrechnung der Verkehrstarife endlich in Angriff nimmt, so wie es die Berichterstatter versprochen, dann wird der Vorlage noch eine gute Seite abgewonnen werden können.

212. Sitzung. Präsident Tomadok eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 10 Minuten nachmittags mit einem Nachruf für die verstorbene Gattin des Präsidenten der Republik. Er erinnert daran, welche Leiden ihr, „seiner Frau, die in ihrem Leben nicht nur sozial fühlte, sondern die auch den sozial Schwachen immer nahe stand“, im Kriege widerfahren. Das Abgeordnetenhaus hörte diese Kundgebung stehend an. Nach einigen zweiten Redungen wird die Sitzung geschlossen, worauf nach einer Unterbrechung von fünf Minuten Vizepräsident Vufival die

213. Sitzung eröffnet. Auf der Tagesordnung steht zunächst das Gesetz über den Verkauf radiotelegraphischer und radiotelephonischer Einrichtungen. Der Berichterstatter des Verordnungsamtes Abg. Retolsch erklärt, daß das Gesetz den Zweck habe, der Regierung eine Kontrolle über die radiotelegraphischen und radiotelephonischen Einrichtungen zu ermöglichen, um deren Mißbrauch zum

Schaden des Staates zu verhindern. Der Berichterstatter der verfassungsmäßigen Ausschusses, Abg. Spatny hält das Gesetz für eine natürliche Ergänzung des vor kurzem behandelten Telegraphengesetzes.

Ueber das Gesetz, betreffend die Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Körperschaften, die die Staatswirtschaft mit Lebensmitteln regeln, referierte Abg. Dr. Snidel.

Ueber den Senatsbeschluss, betreffend das Autorenrecht, berichtet ebenfalls Abg. Dr. Snidel, ebenso über das Gesetz, durch welches die Zuhörerschaft bei Gerichtsverhandlungen geregelt wird.

Zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, dem Gesetze über das Wahlrecht in die Gewerkschaften, erstattet den Bericht Abg. Beverla. Er schildert die Geschichte der Fünfte und der heutigen Gewerkschaften, deren Tätigkeit nicht voll entspricht. Die Gründe hierfür bestehen auch in der bisherigen Wahlart, die nunmehr auf Grund des Verhältnisses neu geregelt wird.

So wie diese genannten Vorlagen, wird auch das in der Verhandlung folgende Gesetz über eine Änderung im Gerichtsverfahren, insbesondere beim Exekutions- und Verlassenschaftswesen debattelos genehmigt. Der erste Teil des Resolutionsantrages des Abg. Genossen Dr. Haas, in dem die Regierung aufgefordert wird, dem Abgeordnetenhaus unverzüglich eine Novelle zum Gesetze über Gewerbegerichte vom 27. November 1896 vorzulegen, durch die Gewerbegerichte bei den Bezirksgerichten geschaffen werden, wird angenommen. Der zweite Teil dieses Resolutionsantrages, durch welchen das Berufungsverfahren bei den Gewerbegerichten geregelt werden soll, wird dem verfassungsmäßigen Ausschusse zugewiesen.

Es wird sodann das Elektrifizierungsgesetz behandelt. Der Berichterstatter des verfassungsmäßigen Ausschusses, Abgeordneter Spatny, betont, daß mit diesem Gesetz die Durchführung einer konsequenten Elektrifizierung des Landes begonnen werden soll. Deshalb wurden den gemeinnützigen elektrischen Unternehmungen große Erleichterungen gewährt. Der Berichterstatter des Budgetausschusses Abg. Cerny erklärt, daß durch die Elektrifizierung ein allgemeines Aufblühen des Gewerbes und der Landwirtschaft zu erwarten sei, so daß diese die Steuerlasten leichter ertragen werden. Die Vorlage wird angenommen.

Das Haus schreitet zur Behandlung des Gesetzes über die Buschtiehrader Eisenbahn.

### Stein „direkter“ Kauf.

Der Berichterstatter des Verkehrsausschusses Abg. Votruba weist darauf hin, daß das Gesetz nicht einen direkten Kauf der Eisenbahn vorsieht, sondern, daß die Regierung dem Staate bloß ein Ermächtigungsgesetz vorlegt, und zwar deshalb, weil die Verhandlungen über den Ankauf der Bahn wegen verschiedener Komplikationen erst in letzter Zeit, da es nicht mehr möglich war, eine Generalversammlung der Aktionäre einzuberufen, begonnen haben. Die Gesellschaft habe selbst der kritischen Situation halber, in der sie sich befand, darum angefragt, daß die Vorlage noch in der Frühjahrsession verhandelt werde. Durch die Gesetzgebung der Vorlage werde auch eine bessere Verbindung Prag's mit den Westbädern in Westböhmen geschaffen werden können.

Der Berichterstatter des Budgetausschusses Abg. Vinobee weist darauf hin, daß der heutige Stand der Bahn ein solcher ist, daß es höchste Zeit sei, an die Verstaatlichung der Bahn zu schreiben. Der Berichterstatter betont, daß die Rechte der

## Die Laterne.

Ein Musikmärchen in vier Akten von Vítězslav Novak.

(Aufführung im tschechischen Nationaltheater in Prag, 13. Mai 1923.)

Novaks neuestes, im Vorjahre (1922) entstandenes Opernwerk „Die Laterne“ ist die stilistisch geschliffenste Bühnenschauspielung dieses führenden tschechischen Komponisten. Sie mußte es wohl auch werden, weil sie ganz seiner romantischen Musiknatur entspricht, die ihre besten Anregungen im Märchen findet, das von Waldluft erfüllt ist u. geheimnisvollem Zauber. Nach seinen früheren Opernschöpfungen „Der Burgobold“ und „Karlsstein“, die Novak hauptsächlich als den glänzenden Orchesterleiter und geistreichen Modernisten zeigen, bedeutet dieses Musikmärchen die Rückkehr zu einfacherer Stilrichtung und gefühlsmäßigerer Behandlung der Tonsprache. Es ist vollständig gefärbte Musik, deren Höhepunkte bis zum intensiven Ausdruck gesteigerte Phrasen sind. In dem in dieser Märchenoper schlichteren Stilformen aufsucht, zeigt sich Novak dem deut-

lichen Richard Strauß verwandt, dessen neueste Opernschöpfungen nach einer ähnlichen Stilvereinfachung streben und die Melodie wieder mehr zur Geltung bringen wollen. Spätere Opernwerke Novaks werden zeigen, ob er diese neuen Wege grundsätzlich ging oder ob sie ihm nur durch den Stoff eines Musikmärchens vorgeschrieben wurden. Novaks Musik für „Laterna“ ist echte Märchenmusik. Alles ist potenziert in ihr vorhanden, was mit Märchenvorstellungen verknüpft erscheint: Wärme des Gefühls, romantische Färbung, tonmalersche Pracht, Stimmungsreichtum und edle Melodie im Ausdruck. Ihr besonderer Vorzug ist daß sie unter vortrefflicher Ausnützung von Stimmungsgegenständen immer lebendig und anregend wirkt. Lyrische Stellen wechseln mit der grotesken musikalischen Zeichnung der Märchenfigur des Wassermanns, mit echt volkstümlichen Wendungen und sphärischer Eisenmusik, der im letzten Akte eine ganze Ballettszene gewidmet ist. Nirgends ist Novaks Musik aufdringlich, überall ist sie nur Mittel zum Zweck, unmittelbar aus der Stimmung der Szene geboren, die sie untermalte und charakterisiert. Ihrer Art nach steht Novaks Märchenmusik zwischen der herben Romantik Pfitzners und der Wärme ausströmenden opernsymphonischen Musik Richard Strauß'. Es ist Märchenmusik, die nicht nur den Musiker in hohes Entzücken versetzt, sondern auch fürs Volk geschrieben ist und Kinderherzen zu beglücken vermag.

Das Textbuch des Musikmärchens „Die Laterna“ ist eines von den wenigen, die auch ohne Musik lebensfähig sind und überzeugen. Hans Feline hat es nach dem gleichnamigen Schauspiel des tschechischen Dichters Jirasek verfaßt. Die Handlung des Stückes gruppiert sich um die Person eines jungen Waisenmädchens, Hannechen, das ein Müller adoptiert hat und lieben lernte. Aber auch der Wassermann Michal hat sein Herz an Hannechen verloren und strebt nach ihrem Besitze, ebenso wie ein gedenklicher Graf, der Hannechen seiner Sinnensucht opfern möchte. Hannechen wiederum hat eine gefährliche Rivalin in der jungen Fürstin, die den fieschen Müller gar zu gerne für ein romantisches Liebesabenteuer gewinnen möchte. Ein altes Recht, das den sonst freien Müller verpflichtet, seiner fürstlichen Herrschaft „Laternendienst“ zu leisten, bietet ihr die Gelegenheit dazu, indem sie sich nichts vom Müller auf ihr Schloß geleiten läßt. Schon will dieser ihren Lodungen erliegen, da erscheint des Müllers Nachbarin, eine resolute Person, die selbst den Teufel nicht fürchtet und daher auch den Wassermann Michal gebändigt und von seiner Liebe zu Hannechen geheilt hat, und berichtet ihm von dem durch den Wassermann Michal in Erfahrung gebrachten Plane, daß Hannechen entführt und eine alte, prächtige Linde gefällt werden soll, an der des Müllers und Hannechens Herz hängen, und die diesem von der Herrschaft seit langem streitig gemacht wird. Entrüstet und voll Abscheu

gegen die Fürstin, deren Heimgeleitforderung und Liebeswerben er als planmäßige List zur Ausführung dieser Ränke deutet, stürmt der Müller davon, Hannechen und die Linde zu retten. Unter dessen haben wohlgesinnte Elfen Hannechen beschützt und in der Linde verborgen. Der Müller kommt gerade zurecht, die Linde vor Säge und Beil zu bewahren. Da geschieht das Märchenwunder: Die Linde öffnet sich, Hannechen wird sichtbar. Alles ist ergriffen von dem Geschehnis. Die Fürstin, die dem Müller gefolgt war und Zeugin des Wunders ist, hebt in resignierter Güte das Laternenrecht auf, indem sie die Laterne zerbricht, und sichert dem Müller überdies den endgültigen Besitz seiner geliebten Linde. Hannechen und der Müller als glückliches Paar stehen verklärt unter der Linde, dem Symbol ihrer Liebe für einander und zur Heimat, dem Symbol der Freiheit und Treue.

Die ausgezeichnete Aufführung des Musikmärchens unter der sorgfältigen musikalischen Leitung Ottolar Oströms und der Regie Wursers, zeigte das Nationaltheater wieder auf hochragender künstlerischer Höhe. Unter den Darstellern boien vor allem die Damen Bogueta und Miklovska hervorragende Leistungen.

Edwin Janetschek.

\*) Der von Prof. Veschly eingerichtete Klavierauszug der Oper ist im Verlage der „Sudobni matice umělecké besedy“ in Prag erschienen.



Eisenbahnangestellten der Buschtiehrader Bahn von der Vorlage unberührt bleiben.

Die Debatte.

Abg. Kallina (d. Nat.) führt aus: Der Gegenstand, der jetzt zur Verhandlung steht, soll eigentlich die Gegenseite verdecken, welche in der Koalitionsmehrheit derzeit herrschen. Die Vorlage kann gewiß nicht als naturnotwendig hingestellt werden. Beweis dessen ist, daß noch vor wenigen Tagen es nicht gewiß war, ob wir zur Beratung dieser Vorlage werden schreiten müssen.

Abg. Kriz (Rom.) erklärt im Namen seines Klubs, daß dieser mit der Verstaatlichung einverstanden sei und für die Vorlage stimmen werde. Allerdings sei dieses Votum nicht mit Rücksicht auf die Art der Verstaatlichung, sondern dahin zu verstehen, daß die kommunistische Partei für das Enteignungsprinzip im allgemeinen einträte.

Der Verstaatlichungsfall.

Abg. Genosse Grünzner

verweist darauf, daß sich bei der Verstaatlichung der B. C. B. vor allem kapitalistische Gründe geltend machen. Das Finanzkapital hat sich in der Verwaltung dieser Bahn einen großen Einfluß gesichert und in bewusster Weise dahin gearbeitet, diese Bahn in die Finanzwirtschaft hineinzutreiben. Dieses Finanzkapital arbeitet aber auch auf die Reduktion des Personal und die Verringerung des Achtstundentages hin. Durch diesen läßt berechneten Plan sind bis jetzt über 1300 Bedienstete mit ihren Familien in bitterste Not geraten, denen der Staat die Arbeitslosenunterstützung aus zahlen muß. Wir fordern daher, daß alle diese Leute bei dem sich steigernden Bedarf an Arbeitskräften in erster Reihe wieder in den Dienst aufgenommen werden.

zahlreichen Verletzungen der Eisenbahnbediensteten in der letzten Zeit zu erinnern. Daher sehen wir der Art der Durchführung der Verstaatlichung der B. C. B. mit größter Beforgnis entgegen. Grünzner verweist auch auf das Verhalten eines Teiles der deutschnationalen Presse in der Frage der Verstaatlichung der B. C. B., die sich den Schutz des Aktienkapitals zu Aufgabe gemacht hat.

Redner bespricht sodann die bei den Bahnen herrschende Praxis. Einige Beispiele aus der jüngsten Zeit: Es werden auf allen Linien und allen Direktionsbezirken der Eisenbahnen massenhafte Verletzungen durchgeführt. Wenn die Wohnungsfrage nicht so ein großes Hindernis bilden würde, so würden sich diese Verletzungen in einem noch bedeutenderem Umfang ereignen. Ueberall gibt es eine Clique von Menschen, Chauvinisten, die ihre Lebensaufgabe darin erblicken, politisch Andersgesinnte oder Angehörige einer anderen Nation anzuschwärzen, zu verdächtigen, zu verleumdern und sie auf diese Weise aus ihrem Dienstbereich wegzubringen, zur Verletzung in entferntere Gebiete. So haben wir es in jüngster Zeit erlebt, daß in ostschlesischen Gebieten nicht weniger als 140 Bedienstete von ihrem bisherigen Domizil in weitestente Gebiete verlegt worden sind. Begründet werden diese Verletzungen mit politischen Motiven. Man stampelt die Leute, weil das ja heute ein Schreckensgespenst ist, einfach zu Kommunisten und schon ist der Zweck erreicht. Wenn man die Dinge untersucht, findet man in Wirklichkeit, daß es zum allergrößten Teil Sozialdemokraten sind und nicht nur Sozialdemokraten deutscher Nationalität, sondern auch Sozialdemokraten tschechischer Nationalität. Dieser Clique, diesen Chauvinisten paßt es nicht, wenn sich nicht jeder einzelne Eisenbahnbedienstete in der nationalsozialistischen Organisation befindet. Das allein ist der Grund, warum Eisenbahner entfernt werden müssen. Die Leute von der tschechischen nationalsozialistischen Organisation besitzen einen solchen Einfluß, daß einfach

die Verwaltungsorgane vor den Chauvinisten kapitulieren.

Es ist eine Schande und ein Skandal für eine Staatsverwaltung, wenn sie sich von politischen Chauvinisten zu Verletzungen veranlassen läßt. Wir haben im Ältester Direktionsbereich gesehen, daß der Direktor selbst die Verantwortung für Verletzungen zu übernehmen rundweg abgelehnt hat und in seinem Antwortschreiben auf die Eingabe der betreffenden Organisation erklärt hat,

die Direktion habe auf diese Verletzungen keinen Einfluß.

Was heißt das? Das heißt mit anderen Worten nichts anderes, als daß ein Auftrag von oben gekommen ist. Interferiert man im Ministerium, so wird einem dort wieder gesagt, das sei Sache der Direktion, das machen die Direktionen. Tatsächlich gehören die Verletzungen niederer Personen in den Kompetenzbereich der Direktionen. Das ist eine allbekannte Sache. Es ist aber ebenso bekannt, daß ganze schwarze Listen von Eisenbahnbediensteten anderer Nationalitäten über aber anderer politischer Gesinnung in das Eisenbahnministerium befördert worden sind, und daß dort die Leute ähnlich wie im alten Oesterreich während des Krieges, als politisch unerblicklich, staatsgefährlich usw. angezeichnet worden sind. Daraufhin folgen die Verletzungen. In anderen Direktionsbezirken ist es nicht so schlimm, dort haben die Verletzungen nicht ihren Anfang angenommen. Aber immerhin bemerkt man, daß ein gewisses System auf der ganzen Linie eingeleitet hat.

Dadurch werden die Mehrheitsparteien, die doch vor allen verantwortlich für die Handlungen der Regierungsorgane und der Verwaltungsorgane sind, das Vertrauen auf der anderen Seite nicht heben. Sie werden auf der anderen Seite nicht die Möglichkeit schaffen, daß unsere Partei, die sonst nach ihren Prinzipien für die Verstaatlichung eintritt, für die Verstaatlichung auch in diesem Falle stimmen kann. Es ist dies sehr bedauerlich. Aber die Verhältnisse, die in diesem Staate herrschen, veranlassen uns dazu, mit der größten Beforgnis der durchgeführten Verstaatlichung entgegenzutreten, die böse Folgen nach sich ziehen kann, besonders gegenüber den Bediensteten der deutschen Nationalität.

Ich erkläre also, daß unser Klub auf Grund der Verhältnisse, wie sie hier herrschen, nicht in der Lage ist, für die Verstaatlichung der Buschtiehrader Eisenbahn stimmen zu können. (Lebhafte Beifall.)

Die Abstimmung — verschoben.

Abg. Brodeck (tsch. unabh. Soz. Dem.) verteidigt zwar den Verstaatlichungsstandpunkt, verweist aber auf die letzte Aktion Mussolinis in Italien, und fürchtet, daß bei uns irgendwelche geheime Pläne in bezug auf die Eisenbahnen geschmiedet werden.

Abg. Jung (tsch. Nat. Soz.) sagt, daß, nachdem mehr als die Hälfte der Buschtiehrader Bahn durch deutsches Gebiet läuft, der Hauptzweck der Vorlage der Angriff gegen den deutschen Besitzstand ist.

Abg. Höllmann (B. d. L.) sagt, daß der vorliegende Gesetzentwurf auch auf seiner Seite viel Sympathie anweckt, da seine Partei Anhängerin der Verstaatlichung des Verkehrswezens ist. Trotzdem ist ihr klar, daß im vorliegenden Gesetz eine Spitze gegen das deutsche Volk zu erblicken ist.

Nach den Schlussworten der Berichterstatter wird die Verhandlung der Vorlage unterbrochen und nach Erledigung einiger Annuntiationsangelegenheiten in ablehnendem Sinne die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung heute Dienstag, den 15. Mai um elf Uhr vormittags.

Inland.

Regierungsübertragungen an die Staatsangestellten. Der Regierung scheint vor dem verhängten Dezembergesetz Nr. 394 und besser Folgen allmählich lange zu werden. Es hat so viele Proteste von Staatsbeamten gegen den Gehaltsabbau geregnet, die im Lager der Koalitionsparteien stehen, und es gibt in einer so bedeutenden und einflussreichen Gruppe der Wählerschaft derzeit bedenklich, daß die Regierung wohl oder übel zurückschreiten müssen. Also hat der Innenminister Mahypetz Samstag gelegentlich der Entgegennahme einer Denkschrift einiges Greifbare und noch mehr Unangenehmes verheißt: Seine verbindliche Zusage, das Gesetz hener nicht verwenden und die Feuerungszulagen nicht abzubauen zu wollen, wird manchen bedrängten Familienvater von einem Absdruck erlösen. Freilich wirft der Nachsatz „wenn ein Preisrückgang nicht eintritt“, dieses Versprechen wieder über den Haufen, denn eine kleine Preisrückgang merkt ein Beamtenhaushalt kaum und doch kann sie der Regierung die Handhabe bieten, ihre Zusage unaufrichtig zu lassen. Man vergleiche doch einmal die Anderziffer mit dem Friedens-einkommen der Staatsbeamten: von einst und frage sich, ob irgend eine Veränderung der Marktlage den Fiskus wirklich berechtigt, den Angestellten den Broterwerb höher zu hängen. Bei seinem Versprechen, das Gesetz „hener“ nicht anzuwenden zu wollen, hat Herr Mahypetz auch übersehen, daß es seit 1. April schon energisch angewendet wird, und wenn er im fünften Punkt seiner Ausführungen versichert, daß „die Gewährung von Entschädigungen für Abzüge auf administrativem Wege eine harte Maß“ sei, so macht das die seit 1. April ins Wert gesetzten Abzüge nicht weilt, läßt vielmehr vermuten, daß diese voll auf in Geltung bleiben werden. Erfreulich ist die Ankündigung, daß die Ortszulagen in günstigem Sinne werden geregelt und Häfen des Dezembergesetzes auf administrativem Wege gemildert werden, nur macht die Einschränkung: „soweit das Gesetz es zuläßt“ die Zusage wieder zu Kaufschul. Die Krankenversicherung der Staatsangestellten soll — vielleicht — in der Juniagung des Par-

lamentes beschloffen werden. Hat die Regierung den guten Willen, was sie hier verspricht, auch in die Tat umzusetzen, so kann sie wenigstens die ärgste Berührung der Staatsangestellten bannen. Bedrängt bleibt deren Lage freilich nach wie vor, von irgend einer Annäherung an die Verhältnisse der Vorkriegszeit kann auch dann noch keine Rede sein.

Wie in der tschechoslowakischen Republik die Merikalen geschickt werden. Sonntag fand in Tümm bei Kuffig eine Glodenweihe der Tümmmer Merikalen statt. Auch die dortigen Freidenkerorganisationen wollten Sonntag eine Versammlung abhalten, in der sie die Bevölkerung über das Wesen des Merikalismus aufzuklären beabsichtigten. Im letzten Augenblick verbot die politische Bezirksverwaltung die Abhaltung der Versammlung mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Es scheint, als handelte es sich keineswegs darum, die Ruhe hundert Konfessionsloser zu stören, wenn mittelalterliches kirchliches Theater veranstaltet wird, dagegen empört sich sofort die Staatsgewalt, wenn unter der Bevölkerung über den Merikalismus Aufklärung verbreitet werden soll.

Gemeindevahlen. Am Sonntag fanden die Gemeindevahlen in Veraun, einer Industriestadt südwestlich von Prag, statt, bei denen die vereinigten tschechischen bürgerlichen Parteien 1599 Stimmen und 10 Mandate (1919: 1257) Stimmen und neun Mandate, die Gewerbetreibenden 625 Stimmen und drei Mandate (402 Stimmen und zwei Mandate), die tschechischen Sozialdemokraten 758 Stimmen und vier Mandate (2281 und 15 Mandate), die tschechischen Sozialisten 1155 Stimmen und sieben Mandate (1567 Stimmen und zehn Mandate), die Kommunisten 1753 Stimmen und zehn Mandate, eine Soldatenliste 259 Stimmen und zwei Mandate erhielten. Diese Wahlen sind also ein Erfolg der Bürgerlichen auf Kosten der Sozialisten. Innerhalb der sozialistischen Parteien haben insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten an Stimmen eingebüßt, die Kommunisten eine starke Position gewonnen. Bemerkenswert ist das Auftreten einer selbständigen Kandidatenliste des Militärs. — In dem kleinen Ort Libesnie bei Karolinenthal haben die Nationaldemokraten 71 Stimmen (1919: 24 Stimmen), die Agrarier 117 (72), die Gewerbetreibenden 36, die Sozialdemokraten 53 (342), die Kommunisten 276, die tschechischen Sozialisten 56 (155) Stimmen erhalten. Auch hier ergibt sich ein ähnliches Bild.

Eine Reichskonferenz der tschechischen fortschrittlich sozialistischen Gruppen in der Tschechoslowakei, die unter der Führung des Abgeordneten Modráček stehen, hat am Sonntag in Prag stattgefunden, auf der nach einem Referat des Abgeordneten Modráček beschlossen wurde, vor allem für die Vereinigung der staatsbildenden sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakei zu arbeiten. Der neugewählte Vollzugs-ausschuss wurde ermächtigt, mit der tschechischen Sozialdemokratie über die Bedingungen der Vereinigung zu verhandeln. Es scheint darnach, daß diese fortschrittlichen Gruppen keine lange Dauer haben werden und daß sie in kurzer Zeit in der tschechischen Sozialdemokratie aufgehen werden.

Ausland.

Ein bayerisches Ausnahmengesetz.

Auf ihrem Wege, die deutsche Reichseinheit zu untergraben, ist die bayerische Regierung jetzt einen gefährlichen Schritt weitergegangen. Sie hat nämlich einen Aufruf „An alle Bayern“ und zugleich eine Verordnung erlassen, die den Behörden im Hinblick auf die Vorkommnisse der letzten Zeit die Möglichkeit gibt, Mißbräuden des Versammlungswesens, der Vergiftung der öffentlichen Meinung durch Pressorgane, Flugblätter usw., sowie landesverräterischen Umtrieben entgegenzuwirken. Uebertretungen der Vorschriften der neuen Verordnung werden mit strengen Strafen geahndet. Die aus zwölf Paragraphen bestehende und sofort in Wirksamkeit tretende Verordnung richtet sich gegen verräterische Zusammenarbeit mit den Feinden, gegen Versammlungs-exzesse, gegen eine unerlaubte Plakatpropaganda, gegen gewisse Selbstschußvereinigungen und gegen Vergehen durch die Presse, Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel bedürfen der Erlaubnis. Plakate, Flugblätter und Flugchriften dürfen nur mit Erlaubnis gedruckt, angeschlagen, ausgestellt oder verbreitet werden. Mit Strafe bedroht wird, wer zu Gewalttätigkeiten auffordert oder aufwiegelt und dadurch die gesetzliche Ordnung gefährdet, wer unwahre Behauptungen verbreitet, die geeignet sind, Staatseinrichtungen oder obrigkeitliche Verordnungen verächtlich zu machen oder zu Widersehlichkeiten anzureizen oder einzelne Teile der Bevölkerung gegeneinander zu verhetzen.

Der Sinn der Ausnahmeverordnung ist nur verständlich, wenn man daran zurückdenkt, daß die bayerische Regierung und fast sämtliche sie führenden Parteien schon seit langer Zeit einen heftigen Kampf gegen das Gesetz zum Schutze der Republik führen. Sie wollen dieses Reichsgesetz, vor allen Dingen den Staatsgerichtshof, wenigstens für Bayern ausrufen. Durch die neueste Verordnung der bayerischen Regierung, die übrigens an den bestmöglichen Bestimmungen nichts zu wünschen übrig läßt, ist tatsächlich das Gesetz zum Schutze der Republik in Bayern überholt. Man hat es hier nicht mit einer ernsthaften Sicherung der Staatsautorität gegen die Nationalsozialisten zu tun, sondern mit einer neuen Kränkung vor Herrn Hitler. Hätte die bayerische Regierung

wirklich die Absicht, ihre bedrohte Autorität zu sichern, dann wären die bestehenden Gesetze mehr als ausreichend gewesen. Das Sonderbare an dem Verfahren der Münchener Regierung ist, daß sie zur angeblichen Sicherung ihrer eigenen Autorität zunächst nicht nur die Autorität des Reichspräsidenten und der Reichsregierung untergräbt, sondern sich gleichzeitig auch noch eines Verfassungbruches schuldig macht: Denn verfassungsrechtlich war unter den gegebenen Umständen nur der Reichspräsident und nicht die bayerische Regierung zu einer Verordnung ermächtigt und verfassungswidrig ist die Uebertagung der Aburteilung der gegen die neue Verordnung verstoßenden Personen an die Volkgerichte.

Telegramme.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Ein neues Mandat im schwarzen Salzburg.

Wien, 14. Mai. (Eigenbericht.) Gestern haben in zwei wichtigen Städten Oesterreichs Gemeindevahlen stattgefunden, die als eine Vorprobe für die im Oktober stattfindenden Reichstagswahlen angesehen werden können. In Salzburg hatten die Christlichsozialen und Großdeutschen alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Sozialdemokraten eine Niederlage beizubringen und es ist deshalb noch kurz vor der Wahl der Rangler Seipel und der Bischof Franz in Salzburg aufgetreten. Das Ergebnis war, daß die Sozialdemokraten den Christlichsozialen bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahl ein Mandat abgegraben haben. Es haben somit jetzt in Salzburg die Christlichsozialen 15 (früher 16), die Sozialdemokraten 13 (12), die Großdeutschen acht und die Nationalsozialisten vier Mandate. Auf das vierzehnte Mandat fehlten den Sozialdemokraten nur 179 Stimmen. — In Steyr haben die Großdeutschen und Christlichsozialen, um die Sozialdemokraten niederzuringen, eine einheitliche Liste gebildet, da sie hofften, von den 36 Gemeindevahlern die Hälfte zu erobern. Es ist ihnen dies jedoch nicht gelungen. Die Sozialdemokraten haben wohl drei Mandate verloren, besitzen jedoch immer noch, da sie 21 Mandate haben, eine starke Majorität. Außerdem sind auch zwei Kommunisten gewählt worden. Gegenüber den letzten Nationalratswahlen haben die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten um 900, die der Bürgerlichen nur um 641 Stimmen zugenommen.

Ein Zeuge der „Wahrheit“.

Genève, 12. Mai. (Gavas.) Auf dem Kongresse französischer Advokaten gab der Vertreter der tschechoslowakischen Advokatenkammer Dr. Zimmer eine Erklärung ab, in welcher er die Verletzung des Ruhezgebietes durch Frankreich und Belgien sowohl vom Standpunkte des internationalen als des natürlichen Rechtes rechtfertigte. Die Erklärung machte auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck.

Nervosität in Lausanne.

Lausanne, 12. Mai. (Tsch. B.-B.) Heute abend liefen hier Gerüchte über ein Ultimatum der Alliierten Delegationen an die Türken an. Die Gerüchte fanden keine Bestätigung und sind offenbar darauf zurückzuführen, daß General Bellé Komel Pascha auf die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Arbeiten der Konferenz aufmerksam gemacht hat. Die Annahme dürfte berechtigt sein, daß die kommende Woche insofern entscheidend sein wird, als alle drei Komitees, hauptsächlich das erste, versuchen wollen, die wichtigsten strittigen Fragen zu regeln. Erleichtert würden diese Bemühungen, falls eine schnelle Einigung über den Zahlungsmodus für die Kupons der ottomanischen Schuld möglich wäre. Es wurde heute abend erklärt, daß General Bellé dem Grundsatz der Zahlung in französischen Franken zugestimmt habe, aber entsprechende Instruktionen aus Paris erwarte, die Dienstag eintreffen dürften.

Wahrgewertung streifender Beamter in Belgien.

Brüssel, 13. Mai. Ministerpräsident Theunis sowie der Eisen-, der Justiz- und der Minister für nationale Verteidigung beschloffen, einige Eisenbahnklassen zu militarisieren und Postangestellte, welche Samstag den Dienst nicht antreten, zu entlassen.

Rechtsverchwörung in Hamburg.

Hamburg, 13. Mai. (Tsch. B.-B.) Einer Blättermeldung aus Hamburg zufolge ist die in Berliner Blättern Samstag veröffentlichte Nachricht, daß in Hamburg eine nationalsozialistische Verschwörung aufgedeckt, Waffenfund gemacht und eine Anzahl Beteiligter verhaftet worden sind, im Kern richtig. In Altona und Hamburg haben die eingeleiteten Ermittlungen ergeben, daß eine Verschwörung mit der Spitze gegen den „inneren Feind“ bestehe, an der eine Anzahl bekannter reaktionärer Offiziere a. D. beteiligt sind, und deren aufgedeckte Pläne das Bild eines direkten Komplottes gegen die Republik darstellen. Leider sei wiederum vom Untersuchungsrichter ein Teil der Verhafteten freigelassen worden.



**Protest gegen 1373 "ausgeworfene"**  
 Berlin, 14. Mai. (Wolff.) Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist im Anschluß an die bereits mitgeteilten Namen der Beamten, die von der interalliierten Rheinlands-Kommission mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen worden sind, eine weitere Liste von 1373 Ausweisungen mit einer Protestnote übergeben worden.

**Befehle von Fabriken**

Mannheim, 14. Mai. (Wolff.) Die Franzosen haben heute früh im Saal Rheinau die Stimmische Brillefabrik und die Braumfleckenbrillefabrik besetzt. Den Arbeitern wurde der Eintritt in die Fabriken verboten. Die Franzosen haben 30 erfassige Arbeiter, die die Brille auf ein im Saal liegendes Schiff verladen sollen, mitgebracht.

**Beilegung des Streiks in Saarbrücken**

Saarbrücken, 14. Mai. (Wolff.) Die zwischen der französischen Bergwerksdirektion und den Vertretern der streikenden Bergarbeiter geführten Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Mostreclamationen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt, die Löhne sind erhöht worden. Die Vertreter der Organisationen empfehlen den Beschäftigten von morgen ab die Arbeit wieder aufzunehmen.

**Genosse Waldeck-Manasse gestorben**

Berlin, 14. Mai. (Eigenbericht.) Der bekannte Genosse Waldeck-Manasse, ein Vorkämpfer der freireligiösen Bewegung, ist heute gestorben. Er war Schriftsteller und wurde auch durch seine Tätigkeit in der Gemeindevirtschaft bekannt. Seit der Revolution war er Mitglied des Landtages.

**Ein gepantes Attentat auf Sepe?**

Eine mysteriöse Meldung.

Wien, 14. Mai. Wie nachträglich gemeldet wird, hat die Salzburger Polizei am 9. d. in einer vom Bundeskanzler Seipel abgehaltenen Versammlung drei jugendkommunisten verhaftet, welche erklärt haben, daß der Bundeskanzler Seipel Salzburg lebend nicht verlassen dürfe. Bei den jungen Männern wurde eine Schußwaffe mit scharfen Patronen gefunden. Alle drei wurden dem Gerichte überwiesen.

**Eine Schieberei in Kecsemet**

Wien, 14. Mai. (Eigenbericht.) Aus Budapest wird berichtet: In der Stadt Kecsemet erdienten gestern vormittags auf dem Marktplatz fünf Bauernbüchsen mit Gewehren. Ihr Führer forderte einen Unteroffizier der Nationalarmee auf, seine Distinktionen abzureißen. Als dieser sich weigerte, beugten die fünf Büchsen eine wilde Schieberei, bei der zwölf Personen, vornehmlich Frauen, verwundet wurden. Von den drei Schwerverletzten starb eine schwangere Frau bald. Der Polizei ergaben sich die „Selben“ ohne Widerstand. In ihrem Führer Paul Seias wurde ein Bruder des berühmten Ivan Seias festgestellt. Es wird behauptet, daß er irrtümlich einfiel, und daß die Tat keinen politischen Hintergrund habe. Die Blätter fragen, wie ein gemeingefährlicher Irrenhörer so frei herumlaufen kann.

**Tages-Neuigkeiten**

**Heiß Dir im Siegertranz . . .**

Heil Marshall Dir!

Die freudige Erregung von gestern zittert noch in uns nach, das Jauchzen und Jubeln in unserem Innern duldet uns kaum beim Schreibtisch — am liebsten wären wir draußen, auf den Straßen, zu denen die festlichen Fahnen herniedergrüßen, auf denen die Hölischen, kulturfördernden Töne der Militärkapellen zu vernehmen sind, wo tapfere Krieger sich in Extrainternationalen sonnen und wo von jeder Ecke, von jedem Zeitungsdeckblatt das Bildnis des geliebten Friedensbringers, des größten Pazifisten aus der Zeit des Weltkrieges, die Züge unseres Marschall Foch zu uns blicken.

Ja, das war gestern wieder einmal ein Stahlbad! Wie töricht sind doch die Hunderttausende, die darin nicht ihre Glieder tauchten! Wir hatten geglaubt, daß sich zwischen Wimpeln und Standarten unterhalb und oberhalb des Wenzelsplatzes und beim Wilsonbahnhof ganz Prag zum Empfang unseres großen Feldherrn, dem Hunderttausende ihr Leben verdanken, versammeln würden. Statt dessen aber kamen nur elliiche Tausende, ferner die kommandierten Sieger von morgen in schimmernder Wehr und die lieben kleinen Kinder, die doch sicherlich großen Nutzen für ihr künftiges Leben daraus ziehen werden, den Venter des Schlachtens von Angesicht zu Angesicht gesehen und umjubelt gesehen zu haben. Impressionen war, wie die Arbeiter Prags den Friedensmarschall feierten: um ihm mit Würde zu begegnen, blickten sie selber friedlich. In den Proletariervierteln Groß-Prags wehten keine oder nur sehr spärlich Fahnen.

Aber auf dem Bahnhof war es wirklich herrlich. Malypetr, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, hielt eine großartige Ansprache an den genialen Marschall, unter dessen siegreichen Fahnen „unsere Söhne mit Begeister-

ung mit ihrem Blute die alte Freundschaft besiegelten“. Bei der Erwähnung der „goldenen Buchstaben der Geschichte“ wurde einem förmlich rot vor den Augen. Und Kriegsminister Udrzal pries den „in seiner Art einzig dastehenden, hochangehenden Mann“ als den Sohn jenes Frankreichs, welches stets an der Spitze der Zivilisation der Menschheit geschritten ist, was doch bei diesem Frankreich schon angefangen der Kulturart an der Ruhr niemand bezweifeln kann. Vom „Sieg des Rechtes über die Gewalt“ sprach dann noch der bekannte Gerechtigkeitsfanatiker Bürgermeister Dr. Vaga, dieses edle Vorbild jedes wahrhaften Sozialisten und Revolutionärs. Dann fuhr unser lieber Gast auf die Burg und begab sich in seine Gemächer. Alles in allem: ein grandioses Fest der französisch-tschechoslowakischen Freundschaft, gefeiert mit allen Symbolen des friedliebenden, eigen-tumsführenden Militarismus.

Samsdag nachts starb die Frau des Präsidenten Masaryk. Wahrhafte Demokratie und pietätvolle Zurückhaltung legen in diesem Falle einer Nation die Pflicht auf, ihre Trauer oder ihre Anteilnahme an dem schweren Verlust, den einer ihrer Ersten erleidet, ruhig, ohne Pomp, zum Ausdruck zu bringen. Glänzende Feste aber zu feiern, während die Frau Masaryks auf der Bahre ruht, scheint ebenso jedem natürlichen Brauch als auch insbesondere der tschechischen Tradition zu widersprechen. Aber es ist so, als ob der tschechische Jubel über das Erlöschen des militärischen Bündnisses, das man sich von Fochs Besuch verprägt, nirgends Scharfen fände. Denn die Feierlichkeiten nahmen gestern ihren vorgeschriebenen Lauf, nur helle, bunte Fahnen wehten von den Masten, und wo am Sonntag schwarze gehit worden waren, nahm man sie bald wieder herunter. Foch, Frankreich, Militarismus haben den Vortritt. Die schwarzen Fahnen werden erst heute gehit. Und Mittwoch weihen zu Ehren Fochs usw. wieder „nur Staatsflaggen“.

Weil man eben hierzulande für große Pazifisten weitestgehendes Verständnis hat . . .

**Last uns fest zu ammenhalten . . .**

Das Best' zuletzt: Die Antwort, die Marschall Foch seinen Begleitern am Wilsonbahnhofs erteilte, schloß mit folgenden Worten:

„Wir haben für die Sache der Freiheit gekämpft und Sie haben uns gezeugt, mit welchem Geiste vorgegangen werden muß. Falls der Tag kommen wird, an dem wir noch einmal für die Freiheit kämpfen werden, werden wir dies so wie in der Vergangenheit tun und rechnen wir auch mit Ihnen.“

Also sprach der „größte Pazifist der Gegenwart“, der sich des Gedankens an künftige Kriege nicht erwehren kann und keinen Anstand nimmt, in aller Öffentlichkeit davon zu sprechen. Und Marschall Foch, der Vertreter des militaristisch-imperialistischen Frankreichs, erklärt mit aller Deutlichkeit, daß eben dieses unerfährliche, zum Kriege gehende Frankreich mit der Tschechoslowakei rechnet, die es hiemit laut und offen zur unverhüllten Bundesgenossenschaft anruft. Die Begrüßungsworte des Marschall Foch erwidern auch den letzten Zweifel darüber, welchem Zweck sein Prager Besuch dient.

Die Frau des Präsidenten Masaryk gestorben. In der Nacht von Samstag auf Sonntag hat Frau Charlie Masaryk, die Frau des Präsidenten der Republik, die Augen für immer geschlossen. Wie bekannt, war Frau Masaryk seit vielen Jahren krank und ihr Leiden hatte sich durch die furchtbaren Erlebnisse und Aufregungen verschlimmert, die sie in der Zeit des Weltkrieges m.machte. Frau Masaryk, eine geborene Amerikanerin, deren Familiennamen Garigue nach amerikanischem Brauch bei ihrer Verzeigung in den Namen ihres Mannes aufgenommen wurde, erreichte das Alter von 73 Jahren. Sie hatte den jetzigen Präsidenten der Republik im Jahre 1876 in Leipzig kennen gelernt und schloß mit ihm in New-York die Ehe. Sie erlernte die tschechische Sprache vollkommen und übertrug ins Tschechische national-ökonomische Werke, wie sie denn überhaupt eine ziemliche literarische Tätigkeit entfaltete. Frau Masaryk betätigte sich auch in der sozialistischen Frauenbewegung und schloß sich der tschechischen sozialdemokratischen Bewegung an, wofür sie als Mitglied bis zu ihrem Tode angehörte. — Ihr Begräbnis findet Dienstag nachmittags drei Uhr auf dem Friedhofe in Lana statt.

Das Rauchverbot in den Strafanstalten. Eine im Abgeordnetenhause eingebrachte Interpellation der Abgeordneten Genossen Blatny und Hil-lebrand an den Justizminister befaßt sich mit dem Rauchverbot in den Strafanstalten. Dieser Verfügung, — so heißt es in der Interpellation, — die von vielen Sträflingen als eine Grausamkeit von außerordentlicher Härte und als eine unverdiente Strafverschärfung empfunden werden wird, fehlt unsomehr jeder Anlaß, als die Justizverwaltung durch das Rauchverbot keinerlei Ersparungen erzielt, da die Rauchwaren von den Sträflingen selbst aus dem Ertrage ihrer Arbeit bezahlt werden mußten. Es kann in dem Verbote lediglich eine durch nichts begründete, die Sträflinge verbitternde und die auf die Besserung der Verurteilten gerichtete Absicht des Straßvollzuges schädigende Maßnahme erblickt werden. Die Interpellanten fragen schließlich den Minister, ob er bereit ist sofort zu veranlassen, daß der angefochtene Erlaß unverzüglich wieder außer Kraft gesetzt wird.

**Diebstahl falscher Königskronen.** In der Kirche zum „Heiligen Jakob dem Älteren“ in Königsaal, südlich von Prag, wird eine Truhe aufbewahrt, in der sich einige Schädels befinden, die angeblich von tschechischen Königen aus dem Geschlechte der Premysliden stammen sollen. Diese Schädels wurden seinerzeit in einer königlichen Gruft gefunden, die in früheren Kriegen des öfteren aufgebrochen und verwüstet worden war. Den Schädels setzte man kleine Goldkronen auf und gab sie, wie schon erwähnt, in die Truhe. Dieser Tage drangen nun während der Nacht Diebe in die Kirche ein, raubten Priesterornate und nahmen auch drei von den Königskronen mit. Wie es sich nun herausstellte, sind diese Königskronen vollständig wertlos, denn sie wurden aus Blech verfertigt, mit Goldschmuck angestrichen und mit böhmischen Granaten besetzt.

**Die Auszahlung von Entschädigungen auf Grund des Epidemiegesetzes.** In der Gemeinde Wintersgrün (Bezirk Elbogen) wurden bei den am 13. Jänner 1921 amtl. gepflogenen Erhebungen Blattern konstatiert. Ueber jene Familien, in denen Blatternfälle festgestelt wurden, wurde die Kontumaz verhängt und zufolge Erlasses der politischen Landesverwaltung die Notimpfung in Wintersgrün angeordnet. Mit einem späteren Erlaß der politischen Bezirksverwaltung Elbogen wurde die Blatternepidemie in Wintersgrün als erloschen erklärt. Da die Gemeinde für die kontumazierten Familien sowohl Geld in Varem als auch Lebensmittel vorstrecken mußte, da es sich um arbeitslos gewordene Familien handelte, sind der Gemeinde bedeutende Auslagen erwachsen, die der Gemeinde vom Staate ersetzt wurden. Hingegen haben die schwer geschädigten Familien trotz vielfach verlangter amtlicher Ausweise und zahlreicher Eingaben bisher noch keine Entschädigung ihres Verdienstentganges erhalten, obwohl seit der Epidemie mehr als zwei Jahre verstrichen sind. Die Abgeordneten Genossen Hil-lebrand, Bohl und Dr. Pollitscher fragten die Minister des Innern und für Gesundheitswesen, ob sie bereit sind, unberzüglich zu veranlassen, daß die betroffenen Familien endlich erhalten, was ihnen nach dem Epidemie-gesetze gebührt.

**Wollschads Aufstieg.** Professor Wollschad, der wegen unbefriedigten Wandahungers die sozialdemokratische Partei vor Jahr und Tag verließ und sich den Gelben anschloß, scheint dort nicht nur die Spähre seines Geistes sondern auch Aussicht auf Befriedigung seines maßlosen Ehrgeizes gefunden zu haben. Mit welchen Funktionen ihn die Gelben heute schon betrauen, geht aus einem Bericht der „Troppauer „Neuen Zeit“ über den „deutschen Waienabend“ der Gelben in Währ. Schönberg hervor. Dort war es ihm gegönnt, dem Musikdirektor, der drei Chöre dirigiert, einen Lorbeerkranz zu überreichen. Der Höhepunkt aber trat erst ein, als bald darauf der „Frühlingsregen“, ein Werk eben dieses Musikdirektors, gerungen wurde und sich herausstellte, daß dieser Chor dem Herrn Dr. Wollschad gewidmet ist. Es ist also gar nicht abzusehen, was dem Wollschad bei den Gelben noch für Ehren blühen.

**Eine glückliche Gemeinde ist der Ort Schönwald bei Peterwald im Erzgebirge.** In dieser Gemeinde, die bloß 1200 Einwohner zählt, gibt es nämlich — so berichtet die Tzeplicher „Freiheit“ — 68 Personen, die über 70 Jahre alt sind, und 49, welche bereits das 80. Lebensjahr überschritten haben. Die älteste Person von Schönwald, die 95 Jahre zählt, ist noch immer so gesund und rüstig, daß sie alle landwirtschaftlichen Arbeiten verrichten kann. Ein weiterer Beweis dafür, daß diese Gegend für die Länge der Lebensdauer von besonders günstigem Einfluß zu sein scheint, bildet auch der Umstand, daß in dem umweit von Schönwald gelegenen Stangenwald kürzlich eine Frau im 104. Lebensjahre gestorben ist. Sie war die älteste Person, an die sich die dortigen Bewohner erinnern können.

**Todesurteile.** Das Schwurgericht in Budweis verurteilte am 9. Mai den Wirtschaftsbefitzer Franz Badrt zum Tode durch den Strang, weil er mit Hilfe seines Sohnes Josef den Franz Schecher, dem er ein Ausgebinde nicht geben wollte, ermordet hat. Am Tage vorher verurteilte dasselbe Schwurgericht den Knecht Sylvester Hahn, der in Mariasell die Kaffeehausbesitzerin Wleicher ermordet hatte, gleichfalls zum Tode.

**Das Wüten der Nonnenraupen.** Aus allen Gebieten Nordböhmens mehrten sich die Nachrichten, daß die Nonnenraupen sowohl in den Wäldern, als auch in den Gärten ein schreckliches Verwüstungswerk begonnen haben. In den Obhgärten sind die Nonnenraupen besonders auf Apfelbäumen zu finden. Stellenweise sind die Wälder von den Raupen bereits kahlgefressen, so daß die dringende Gefahr besteht, daß die Wälder im heurigen Jahre unter dieser schrecklichen Landplage noch furchtbarer zu leiden haben werden als im Vorjahre. Falls die Natur hier nicht eingreift, sind große Wälder heuer rettungslos verloren.

**Schweres Automobilunglück bei Pohrlitz in Mähren.** Sonntag abends hatte das in Neigern statgefundene Automobilrennen auf der nach Wien führenden Straße bei Pohrlitz ein tragisches Nachspiel. Das von dem Direktor der Steyerfabrik, Siercke, aus Wien gelenkte Auto erlitt einen Radlabendruch, wodurch es in den Strahengaben fuhr, umstürzte und Siercke und den neben ihm sitzenden Chauffeur Branda herausschleuderte. Direktor Siercke erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, knapp nach Einlieferung ins Brünner Spital starb. Der Zustand des Chauffeurs Branda ist hoffnungslos.

Siercke hatte sich an dem Autorennen in Neigern beteiligt und besand sich mit dem Chauffeur Branda auf der Rückreise nach Wien.

**Erster Passagierflug München—Wien.** Aus Wien wird gemeldet: Montag mittags wurde der Flugverkehr zwischen München und Wien, dessen Durchführung die neuengründete österreichische Luftverkehrs-A.G. übernommen hat, in feierlicher Weise mit dem ersten Passagierflug eröffnet. Die Verlängerung nach Budapest ist bereits für die nächste Zeit geplant. Das Flugzeug, ein Junkerapparat, ging punkt 12 Uhr am Landungsplatz nieder, wo sich die offiziellen Persönlichkeiten, Vertreter der Presse und viele Renegieria eingefunden hatten. Nach einer Viertelstunde trat das Flugzeug mit einem Passagier den Rückflug nach München an.

**Verhaftung eines Falentkrenzlers.** Aus Berlin wird uns telegraphiert: Gestern wurde in Eberfeld der Führer der Organisation „Einigkeit“, dessen Kameraden von den Franzosen verurteilt wurden, verhaftet. Er soll über zehn Millionen Mark monatlicher Fiksgelder verfügt haben. Man hält ihn auch für den Mann, der dem Scheidemann-Attentäter die Blausäure geliefert hat.

**Das faschistische Blutbad.** Aus Bologna wird gemeldet: Während im Geschworenengerichte gegen einige Arbeiter verhandelt wurde, besetzten die Faschisten den Gerichtssaal und zwangen unter Beschimpfungen und Drohungen den Verteidiger Avvocato Guerisi sich zu entfernen. Unter dem Schutze der Polizei gelang ihm dies auch. — Gegen den sozialistischen Avvocato Galiano wurde von einem Faschisten eine Bombe geworfen, die glücklicherweise etwas von ihm entfernt explodierte. — In Grumello (Bergamo) wurde der christlichsoziale Propagandist aus Zanga von Faschisten überfallen und schwer mißhandelt. — Das offizielle in Rom erscheinende Geschichtsbuch veröffentlicht eine Verordnung, wonach sämtliche Tabakregiarbeiter, die 20 Jahre gearbeitet haben, entlassen werden. — In Brescia wurde der Straßenbahner Ghitti Giuseppe überfallen und blutig geschlagen. In Lijone wurden mehrere Sozialisten, darunter ein Kriegsinvalid, schwer mißhandelt. In Verona haben die Christlichsozialen ihre Wähllisten zu den Landtagswahlen zurückziehen müssen. In Ferrara ist Dr. Fabri, Korrespondent der christlichsozialen Zeitung „Popolo“ von Faschisten schwer mißhandelt worden. In Lumejane (Brescia) wurde ein 70jähriger Arbeiter schwer mißhandelt, weil er am 1. Mai — übrigens wegen Krankheit — nicht arbeitete. — Der Arbeiter Tranquillo Paganini wurde, wie der „Avanti“ meldet, in der Nacht in seiner Wohnung von einer Faschistenbande überfallen und durch zwei Dolchstiche schwer verwundet. — In Boscomarengo (Alessandria) haben Faschisten einige Bomben geworfen, die zwei Personen schwer verletzten und ein Haus vollständig niederriefen; durch Revolvergeschüsse wurde der Arbeiter Zucotti Pio ermordet. — Zwei Arbeiter, die in Canicatti rote Reifen trugen, wurden von Faschisten durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Die Polizei schritt ein und verhaftete die zwei verletzten Arbeiter (1) — Der christlichsoziale Abgeordnete Santini, der nach Beluno als Inspektor des Komitees für Invaliden und Altersfürsorge kam, wurde von den Faschisten aus der Stadt verbannt.

**Der schlechte Stand des sowjetrussischen Schulwesens.** Der erste Bericht, den der Volkskommissar des russischen Unterrichtswezens, Lunatscharsky, seit Uebernahme seines Amtes jetzt erstattet hat, gibt sich als eine unverhüllte Bankrotterklärung des sowjetrussischen Erziehungssystems zu erkennen. Wie Lunatscharsky ausführt, hatte die Zahl der Schulen unmittelbar nach der Revolution eine wesentliche Vermehrung erfahren. Das änderte sich indessen, als die Regierung angesichts der hohen Kosten für das Schulwesen die bisher von dem allgemeinen Budget getragen wurden, diese Lasten auf die lokalen Sowjets abwälzte und damit eine Dezentralisation herbeiführte, die den Niedergang des Schulwesens einleitete und die Krisis, an der dieses heute erkrankt, verschuldet. Im April 1922 bestanden, wie der Bericht ausführt, in Rußland 68.000 Schulen, die von 5 Millionen Schülern besucht wurden. Im Oktober bereits war diese Zahl auf 55.000 Schulen mit nur vier Millionen Besuchern gesunken. Die Volksschulen zeigen einen Rückgang von 50 Prozent; denn die gelegentliche Unterstützung aus der Regierungskasse war so gering bemessen, daß es unmöglich war, den Unterhalt der Lehrer zu bestreiten, sodaß man gezwungen war, die Schüler wieder nach Hause zu schicken. Im Oktober 1922 gab es in Rußland 927 Arbeiterhochschulen mit 52.000 Hörern. Heute bestehen nur noch 246 mit 14.000 Hörern. „Das ganze Netzwerk unserer politischen Erziehung“, so erklärt Lunatscharsky, „wurde in dem Augenblick zerrissen, als die lokalen Sowjets für den finanziellen Unterhalt der Schulen die Mittel aufzubringen hatten. Im ersten Jahre waren noch 28.000 Besefale geöffnet; heute gibt es deren nur noch 3000. Und die Zahl der öffentlichen Bibliotheken, die damals etwa 15.000 betrug, ist heute auf 3600 zurückgegangen.“ Der Bericht schließt mit dem melancholischen Bekenntnis, der Stand des Schulwesens sei hoffnungslos, und es sei unbedingt erforderlich, daß der Sowjetkongreß hier helfend eingreife. Der schlechte Stand des Schulwesens wird auch anschaulich durch die elende Lage des Lehrerstandes illustriert. Die Mehrzahl der Lehrer weiß nicht, wie sie ihr Leben fristen soll. In Petersburg betätigten sich die Lehrer in ihren Mußestunden als Flickschuster, Bastträger, kurz, sie scheuen keine Arbeit, um sich einen Bissen Brot zu verdienen.



Besser steht es um die Universitäten, da diese in der Hand der Bolschewisten eine starke Verteidigungswaffe zu schmeiden bestimmt sind. Sie dienen hauptsächlich dazu, den Kommunisten brauchbare Beamte heranzubilden.

**Das Arbeiterkinderheim in Orado.** Die „Soziale Fürsorge“ bei der Arbeiter-Akademie in Prag hat in Orado (Italien) ein eigenes Kinderheim und Pensionat errichtet und nimmt ab 15. Mai den Betrieb auf. Der Gesamtpreis für Unterkunft und Verpflegung samt Reise und Pausenlagen beträgt 750 Kronen für ein Kind pro Monat. Für Erwohlsene beträgt die Pension samt allen Gebühren (Bad- und Kurtag) 1160 Kronen pro Monat, Pausengebühr und Einschreibung 150 Kronen, Fahrpreis 290 Kronen. Informationen erteilt die Technische Akademie in Prag II, Hibernska 7, Rudporto beilegen. Die Abfahrt erfolgt stets am ersten und fünfzehnten jeden Monats.

**Ungarns Offiziere — Habsburgerknechte.** Die ein nationalisierter Abgeordneter in der Budapest Nationalversammlung durchgeführte, gibt es in Debreczin, also in einer kernmagyarischen Stadt mit der starken Kossuthischen Tradition, aus der alten Armee übernommene Offiziere, die kein Wort ungarisch sprechen können. In dem Saal der Offiziersmesse war an der Wand ein Bildnis Kossuths angebracht, das unter großem Standa von den Offizieren herabgerissen und auf die Straße geworfen worden sei. Am 6. Oktober, der als Nationalfeiertag in Ungarn gilt (es ist der Tag der Hinrichtung der dreizehn Revolutionsgenerale in Arad durch die habsburgischen Generäle), veranstalteten dieselben Offiziere eine Gegenfeier, ließen sich das „Gott erhalte“ vorspielen und vertrieben eine Kapelle, die die durch und durch nationalisierter Nationalhymne aufspielen wollte. In Budapest und in den größeren Städten veranstalteten die Legitimisten in den katholischen Kirchen ununterbrochen legitimistische Demonstrationen. Bei einer solchen Feier in Budapest erschien nun ein Oberst und forderte einen aktiven Offizier zur Ausweisleistung auf, wohl in der Annahme, daß eine solche Demonstration, da die Entthronung der Habsburger ein Landesgesetz ist und die Offiziere einen Eid auf die bestehenden Gesetze geleistet haben, nicht angebracht sei. Der Wartgraf Pallavicini forderte in der Nationalversammlung die Bestrafung dieses Obersten und der Sonderminister Velitska sagte dies auch ungesäumt zu. In dem Lande, in dem ein Gesetz die Entthronung der Habsburger dekretiert hat, und dessen Regierung auch die Verpflichtung übernommen hatte, daß sie auch die Wahl eines Habsburgers nicht zulassen werde, werden Offiziere, die sich an diese nationale und internationale Verpflichtung halten, bestraft. Offizieren aber, die im habsburgischen Geist arbeiten, wird kein Haar gekrümmt.

**Eine internationale Geschichte des Weltkrieges.** Nach den Nachrichten über die Vorbereitung einer deutschen Sektion der von der Carnegie-Stiftung veranstalteten Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges wird es interessieren, Näheres über dieses große eigenartige Geschichtswerk zu hören, das zugleich Friedenswerk sein soll. Der Umfang der Geschichte ist auf 150 Bände berechnet. Sie wird unter der Oberleitung von Prof. James T. Shotwell von der Columbia-Universität von Spezialisten auf dem Gebiete der Nationalökonomie, Soziologie und Geschichte, von Staatsmännern und Führern der Wirtschaft und der Arbeiterbewegung abgefaßt werden, besonders auch von solchen, die während der Kriegszeit an verantwortlicher Stelle gestanden sind. Sie soll die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Entente so gut wie die der Mittelmächte und neutralen Staaten Europas umfassen, und zwar soll die Geschichte eines jeden Landes von seinen eigenen Historikern geschrieben werden. Ausgeschlossen bleibt die Behandlung von Fragen wie Schuld am Krieg, Vorgeschichte des Krieges und der militärischen Operationen, so daß damit gerade die Gebiete ausgeglichen werden, auf denen sich heftige Kontroversen entzünden könnten. Am weitesten gediehen ist bis jetzt die englische Serie, die auf rund dreißig Bände berechnet ist, von denen bereits zehn erschienen sind und weitere in naher Aussicht stehen. Dem englischen Herausgeberausschuß gehören u. a. an als Vorsitzender Sir William Beveridge, der Leiter der Londoner School of Economics während des Krieges Leiter des englischen Nationalerziehungsinstituts für die Nahrungsmittelversorgung seiner Thomas Jones, Rabinetssekretär des Kriegskabinetts, und der bekannte Nationalökonom J. M. Keynes. Der deutsche Herausgeberausschuß, der die Vergabe der einzelnen Arbeiten an die Mitarbeiter der deutschen Serie, die gegenwärtig 50 Bände umfassen wird, bereits vorgenommen hat, besteht aus dem früheren Reichsminister Bauer, Geheimrat Bühler vom Reichsverband der deutschen Industrie, Geheimrat Düsberra, Levertzen, Dr. Carl Melchior (als Vorsitzender), Professor Mendelssohn-Bartholdy und Professor Sering. Der große Grundgedanke, der den Verwaltern der Carnegie-Stiftung mit ihren Millionenmitteln für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte vorgehört hat, ist der, künftigen Generationen zu zeigen, welche Wunden der Weltkrieg der Zivilisation geschlagen hat.

**Tod eines Hundeführers.** Auf der Orade Insel im Peřkowitz wurde dem Hundeführer Arnold Hruška, der mit dem Zusammenstoßen der mit Kohlen beladenen Wagen beschäftigt war, von zwei Wölfen der Kopf zerquetscht. Das Unglück geschah dadurch, daß eine Grubenlokomotive vorzeitig in Bewegung gesetzt wurde.

**Den Strickungstod des Kamraden verheimlicht.** In Wilkowitz ging dieser Tage der Schüler S. Nikolić mit zwei Kameraden baden. Während die Kameraden im weichen Oradoboden des Ufers liegen blieben, ging Nikolić ins Wasser, wurde

beim Boden jedoch plötzlich von einem Krampf befallen und ging, ohne um Hilfe gerufen zu haben, unter. Die beiden Kamraden am Ufer riefen aus Angst vor Strafe niemanden um Hilfe und liefen davon. Da sie auch zu Hause über den trübsamen Vorfall nichts äußerten, kam erst durch die Suche nach dem vermissten Knaben und die inzwischen erfolgte Bergung der Leiche die Wahrheit zu Tage.

**Ein Mädchen im Schrey getötet.** In der Oradokolonie in Karwin zog dieser Tage ein 18-jähriger Bursch während einer Unterhaltung mit drei anderen Kollegen und einem 16-jährigen Mädchen plötzlich einen Revolver, richtete die Waffe gegen das Mädchen und meinte scherzweise, er werde sie erschießen. Im selben Augenblicke trug jedoch ein Schuß und das Mädchen sank tot zu Boden. Nur mit Mühe konnte der Bursch daran gehindert werden, die Waffe gegen sich selbst zu richten. Er stellte sich dann der Gendarmerie und wurde dem Gericht eingeliefert.

**Zum Ersten deutschen Juristentag.** Das Justizministerium hat durch Erlass bekanntgegeben, daß Richtern und Staatsanwälten, die am Ersten deutschen Juristentag teilzunehmen gedenken, ein Urlaub gewährt wird, der nicht in den nach der Dienstpragmatik zuzurechnenden Urlaub einzurechnen ist.

**Famillendrama.** Die 42jährige Anna Sindelaf aus Krimly bei Pilsen gab dieser Tage ihrer Mutter Katharina mit einem Messerhieb zwei Hiebe über den Kopf. Die alte Frau lief um Hilfe rufend aus der Wohnung. Als die herbeigekommenen Nachbarn dann in das Wohnzimmer eindrangen, fanden sie Anna Sindelaf mit durchschnittenem Hals in einer Blutlache tot auf. Die Unglückliche hatte sich in einem Anfall von Wahnsinn die Kehle mit einem Rasiermesser durchgeschnitten.

**Wegen achtzig Kronen ermordet.** In Friedland wurde, wie wir feinerzeit gemeldet haben, der 65jährige Eschwirt Ferdinand Reumann von einem unbekanntem Täter so schwer verletzt, daß er fünf Tage darauf starb. Die Gendarmerie stellte nun fest, daß der Täter dem Ermordeten eine Geldtasche mit achtzig Kronen und einige Kronen aus der Tischlade geraubt hatte. Der Täter, von dem bisher jede Spur fehlt, ließ ein Sparlohnbüchel auf tausend Kronen unberührt.

**Prag-Musle ohne Wasser.** Seit Samstag ist die Wasserzufuhr für den Prager Bezirk Musle (Prag XIV) abgesperrt. Da die Bevölkerung von Musle von dieser Absperrung nicht vorher verständigt wurde, herrscht in Musle großer Wassermangel. Das für Musle gelieferte Wasser wurde als Trinkwasser schon früher vom größten Teil der Bevölkerung nicht verwendet und die Bevölkerung benützte die alten Brunnen weiter, so daß wenigstens in dieser Beziehung kein Mangel an Trinkwasser herrscht. Immerhin ist dieser Zustand aber unhaltbar und es drohen Krankheiten auszubrechen, wenn die Wasserabstellung nicht bald behoben ist.

## Gerichtssaal.

### Ein Spezialist für Wohnungseinbrüche.

**Prag, 14. Mai.** Der ehemalige Fleischergehilfe Anton Winter, der sich heute vor einem Strafgericht wegen verschiedener Wohnungseinbrüche zu verantworten hatte, ist ein Spezialist auf diesem Gebiete, denn er bricht nur in solche Wohnungen ein, deren Besitzer sich eben bei einem Begräbnisse befinden. So hat er am 30. März bei einem gewissen Rumbalek die Wohnung ausgeräumt, als sich dieser gerade bei dem Begräbnisse seiner Tante befand. Nicht besser erging es einige Tage später dem Cenel Tuba, der nachmittags seine Schwiegermutter zu Orade trug und am Abend, als er von diesem Begräbnisse heimkehrte, seine Wohnung noch mehr trüben lassen mußte, da die Wohnung zwar nicht vollständig, dafür aber mit Rücksicht auf wertvolle Gegenstände gründlich ausgeplündert war. Dem Winter gelang es jedoch damals nicht, alles mitzunehmen, was er des Mitnehmens für würdig befunden hatte. Er hatte sich gerade einige kostbare „Kleinigkeiten“ in die Taschen gesteckt, als ein Nachbar, durch ein Geräusch aufmerksam gemacht, in die Wohnung eingedrungen und Winter gezwungen war, den Winter stellte sich ihm als Kousin Tuba aus Amerika vor, sondern es aber dann doch für richtiger, unter Zurücklassung seines Kufens bei einer passenden Gelegenheit zu verschwinden. Nach langen Nachforschungen gelang es, ihn festzunehmen. Er wurde zu 13 Monaten schweren Arbeit verurteilt. Obwohl der Angeklagte sich nach der Urteilsverkündung für „unschuldig“ erklärte, nahm er die Strafe an.

### Wüste Rauffrenen in einem Nachtlokal

**Prag, 14. Mai.** Am 27. November des Vorjahres kam es in dem Nachtlokal „Devin“ in Prag-Weinberge zu einer erregten Szene. Der 31jährige Melaniker Josef Drahan veranstaltete dort mit seinem 23jährigen Bruder und dem 28jährigen Protop Kříž aus Smichow ein kleines Gelage. Die drei hatten schon vorher in einem Gasthause dem Alkohol mächtig zugesprochen und waren bereits in stark angeheitertem Zustand in das Nachtlokal gekommen. Wegen der Kellnerin kam es nun zwischen den dreien und sieben jungen Frauen zu einem Aufruhr, schließlich zu einer Rauferei, wobei Drahan in die Fänge des Lokals einbrang, und das ganze Geschehen zerfiel. Die herbeigekommene Polizei wurde von den dreien mit vier Flaschen Bombardiert. Josef Drahan gab sogar einem Polizisten einen Schlag über den Kopf und nannte die Wachleute „Lumpen“ und „Mäuler“. Drahan wurde zu 14 Tagen Arrest unbedingt verurteilt, sein Mitangeklagter Kříž wurde jedoch wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Zur Durchführung von Notstandsmaßnahmen.

Die wirtschaftliche Krise hält an. Nur sehr vereinzelt zeigt sich eine kleine Besserung, von der man nicht sagen kann, ob sie anhalten wird. Daher ist immer die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die vielen Beschäftigungslosen eine der dringenden Aufgaben der Staatsverwaltung. Als vor wenigen Wochen im Parlamente über die wirtschaftliche Krise, deren Folgen und deren Befämpfung verhandelt wurde, entwickelte der Minister für öffentliche Arbeiten ein großes Investitionsprogramm, das einer großen Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung bringen sollte. Notstandsmaßnahmen in bedeutendem Umfange waren in Aussicht genommen und es hieß, daß der Staat dazu die notwendigen Mittel bereitstellen wird. Leider ist von den Versprechungen der Regierung wenig erfüllt worden. Bezirke und Gemeinden erhalten auf ihre Eingabe an die Staatsverwaltung, Notstandsmaßnahmen durchzuführen, in der Regel keine zustimmenden Erledigungen, so daß bisher der Umfang der Arbeitslosigkeit durch Ausführung von öffentlichen Arbeiten nicht vermindert wurde. Dies veranlaßte die Abgeordneten Genossen Roscher, Schäfer und Schuster im Auftrage der Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei und des Klubs der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gestern Montag beim Minister für öffentliche Arbeiten Erba vorzusprechen und das Ersuchen zu stellen, in größerem Umfange als bisher Notstandsmaßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit vorzunehmen.

Minister Erba erklärte, daß in den nächsten Tagen in den Blättern darüber berichtet werden wird, welche Arbeiten in der nächsten Zeit ausgeführt werden sollen. Außerdem sagte er zu, eingehendere Mitteilungen dem deutschen Gewerkschaftsbund darüber, inwieweit das aufgestellte Investitionsprogramm in der nächsten Zeit durchgeführt werden soll, zu machen.

**Die Generalversammlung der Reichenberger Arbeiterbäckerei.** Am vergangenen Sonntag fand in der „Bereinshalle“ in Reichenberg die Generalversammlung der Reichenberger Arbeiterbäckerei statt. Sie war von nahezu allen Mitgliedern besucht und erledigte ohne besondere Schwierigkeiten eine reichhaltige Tagesordnung. Mit einer gewissen Spannung wurde dieser Versammlung deswegen entgegengesehen, weil die letzte Generalversammlung infolge lärmender Austritten der kommunistischen Teilnehmer vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates gegen den Willen der Mehrheit der Versammlung vorzeitig geschlossen wurde. Seither haben wiederholt Verhandlungen über die Zusammensetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates dieser Genossenschaft stattgefunden. Schon vor zwei Jahren sollten Vertreter der größten Konsumgenossenschaften des Reichenberger Gebietes in den Vorstand und den Aufsichtsrat aufgenommen werden. Es kam nicht dazu, obwohl eine solche Vereinbarung bestand, da die damalige Versammlung vor Beginn der Erntewahlen ihr Ende fand. Da es unmittelbar vor der heutigen Generalversammlung nicht gelungen war, eine neue Vereinbarung über die Erntewahlen in den Vorstand der Arbeiterbäckerei zu erzielen, weil die kommunistische Parteileitung in Reichenberg die Frage der Arbeiterbäckerei mit der Frage der Buchdruckerei in Verbindung brachte, erwarteten viele einen stürmischen Verlauf. Bei Beginn der Versammlung erklärte der Vorsitzende, Abg. Genosse Schäfer, daß es bei der Abmachung verbleibe, die vor einigen Monaten zustandekam. Nach dieser Abmachung sollen die wirtschaftlichen Organisationen 75 Proz. der Anteile und 25 Proz. die Gewerkschaften des Reichenberger Gebietes übernehmen. Nach diesem Schlüssel hat die Besetzung der Mandate im Vorstande und im Aufsichtsrat zu erfolgen. Die jetzige Generalversammlung habe daher nur die dazu notwendige Statutenänderung vorzunehmen und die Geschäftsberichte entgegenzunehmen. Nach Bewilligung der neuen Statuten soll innerhalb sechs Wochen eine neue Generalversammlung einberufen werden, in der der Vorstand und der Aufsichtsrat der Vereinbarungen gemäß zusammengesetzt wird. Den Geschäftsbereich übertrug der Geschäftsführer Genosse Kühnel, der insbesondere die Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Geschäfte der Arbeiterbäckerei behandelte. Für den Aufsichtsrat beantragte Genosse Tlapala die Entlastung. Hierauf hielt der Vertreter der Kommunisten Kreuz eine „Anklage“rede gegen den Vorstand der Arbeiterbäckerei, den er dafür verantwortlich machte, daß noch keine Einigung über die Besetzung der Mandate in den leitenden Körperschaften der Arbeiterbäckerei erfolgt sei. Im Namen der kommunistischen Mitglieder erklärte er, daß aus diesem Grunde allein diese dem Antrag auf Entlastung des Vorstandes nicht zustimmen könnten. Ihn antwortete wirkungsvoll und unter großem Beifall Genosse Macoun, der durch Aufzählung einer Reihe von Tatsachen nachwies, daß die kommunistische Parteiführung in Reichenberg ausschließlich die Schuld trage, daß jeder Verhandlungsversuch bisher gescheitert ist. Der Genossenschaftler Blaschke, Mitglied der Kommunisten Partei, führte aus, daß er sich bei der Beurteilung des Geschäftsberichtes nur vom genossenschaftlichen Standpunkt leiten läßt, nicht aber vom politischen. Zu dem gleichen Sinne, nur diesen Gedanken noch schärfer hervorhebend, sprach der Genossenschaftler Bielow. Außer einigen anderen kommunistischen Teilnehmern der

Versammlung die das Wort nahmen, schloß sich auch der Genossenschaftler Kreuz bedingungslos den Ausführungen des Kommunisten Kreuz an. Für den Vorstand der Arbeiterbäckerei sprach dann noch Genosse Abg. Hausmann, der sich sehr scharf gegen die unbedingten Angriffe der kommunistischen Redner wandte. In seinem Schlusswort setzte insbesondere der Geschäftsführer Genosse Kühnel auseinander, daß gegen die geschäftliche Tätigkeit der Arbeiterbäckerei nicht der geringste Vorwurf erhoben worden sei, sodas die Stellungnahme der kommunistischen Teilnehmer nur von politischen Motiven bedingt. Der Antrag des Aufsichtsrates auf Entlastung wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung, insbesondere die Anträge zur Statutenänderung, wurden glatt erledigt. Auch der Antrag auf Erhöhung der Anteile auf insgesamt 1000 K wurde angenommen. Bei dem Punkte „Erntewahlen“ wurde einstimmig beschlossen, den gegenwärtigen Vorstand und den Aufsichtsrat auch weiterhin mit der Führung der Geschäfte zu betrauen. Den Verhandlungen der Generalversammlung wohnten bei: In Vertretung des Verbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften, Abg. Genosse Dietl, der bei der Beratung der Statuten einigemal das Wort ergriff und Genosse Krejsky in Vertretung der Großeinkaufsgesellschaft in Prag. In einem kurzen Schlusswort würdigte der Vorsitzende Genosse Schäfer die fruchtbringende Arbeit der Generalversammlung.

**Genossenschaftlicher Verbandstag für Nordböhmen.** Am 3. Mai tagte in der Handels- und Gewerbetammer in Reichenberg der Kreisverbandstag der nordböhmerischen Konsumvereine. Vertreten waren 24 Vereine durch 62 Delegierte. Die Berichte, die der Kreisobmann Gen. Hadel-Böhm-Ramitz über die Entwicklung der Konsumvereine in diesem Gebiete erstattete, lauteten ähnlich wie auf den anderen bereits stattgefundenen Kreisverbandstagen, da ja überall die Entwicklung der Konsumvereine von den gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst gewesen ist. Während diese Entwicklung für die abgelauene Berichtsperiode noch eine aufsteigende Kurve zeigt, wird infolge der verschärften Wirtschaftskrise im letzten Jahre vermutlich das Gegenteil der Fall sein. Der durchschnittlich neun Prozent betragende niedrige Bruttoertrag beweist, daß die Konsumvereine trotz hoher Regieskosten bestrebt waren, die Preise möglichst niedrig zu halten. — Genosse Krejsky schilderte nach einem kurzen Rückblick auf die allgemeine Wirtschaftskrise, die er in zwei Teile trennte: in eine natürliche (vor Raschin) und in eine durch Raschins Finanzpolitik herbeigeführte künstliche Krise, die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft, die sich in ununterbrochen aufsteigender Linie bewegt. — Ferner berichtete Gen. Michal für die Versicherungsabteilung des Verbandes, daß ein erheblicher Teil der nordböhmerischen Vereine überhaupt nicht, ein anderer Teil stark unterversichert sei. — Von den in der lebhaften Wechselrede vorgebrachten zahlreichen Wünschen und Anregungen blieb lebhaft die Frage der Rückvergütung offen. Für eine Diskussion über das Frauenproblem in der Genossenschaftsbewegung, über welches Genossin Goldschmidt referierte, war die Zeit zu kurz, ebenso für die Erstattung eines separaten Referates zur Wirtschaftskrise. Ueber die Konsumentenkammer referierte Genosse Dietl. — In den Kreisvorstand wurden gewählt: Hadel-B. Ramitz, Fischer-Teichstatt, Effenberger-Krahaun, Kreuz-Reichenberg und Riegert-Jwidau.

**Steigender Index in Oesterreich.** Aus Wien, 14. Mai, wird uns telephoniert: Die statistische Zentralkommission hat heute den Index festgesetzt, und zwar mit 4,98 Prozent, die auf 5 Prozent aufgerundet wurden. Diese Verteuerung der Lebenshaltung ist auf die Ernährung zurückzuführen, die mit 8 Prozent im letzten Monat festgesetzt wurde, während die Kosten für Wohnung, Bekleidung und Beleuchtung nicht gestiegen sind. Die Lebenshaltung ist, wie die Festsetzung des Index beweist, heute teurer als je zuvor. Der Gehalt der Staatsangestellten wird nach dieser Indexfeststellung um 7,8 Wertbezüge erhöht und beträgt somit jetzt 163,7 Wertbezüge. Die höchsten Gehalte haben vor dem Abbau der Staatsangestellten und Neuverteilung der Bezüge 150,8 Wertbezüge betragen.

**Eine Besprechung zwischen Moskau und Amsterdam.** Die von der Frankfurter Konferenz bestimmte Kommission zur Verhandlung mit dem Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes traf am 3. Mai in Amsterdam ein und hatte nachmittags eine Unterredung mit den Sekretären des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Kommission legte ausführlich den Zweck ihres Besuches dar und beauftragte ein Zusammengehen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Organisationen mit den auf der Frankfurter Konferenz vertretenen Organisationen zur gemeinsamen Bekämpfung der Kriegsgefahr und des Faschismus. Seitens der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde einmütig erklärt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund ebenfalls die Einheit aller Arbeiter im Kampfe gegen den Kapitalismus und seiner Erscheinungen wünscht und erstrebt. Zu einer Beschlusfassung zu dem Vorschlag seien die Sekretäre jedoch nicht befugt, da hierfür das Büro respektive der Vorstand die zuständige Instanz sei. Verabredet wurde, daß seitens der Kommission dem Internationalen Gewerkschaftsbund ein formulierter Vorschlag zur Stellungnahme eingepfandt werden wird. Von beiden Seiten wurde ferner anerkannt, daß zur Schaffung einer einheitlichen Aktion der Arbeiter aller Länder gegen den Kapitalismus die nötigen Vorbedingungen geschaffen werden müssen.



**Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge.** Die zunehmende Bedeutung der Tarifverträge für die Regelung der Löhne, der Arbeitszeit und sonstigen Arbeitsbedingungen wird in der Wochenchrift des Internationalen Arbeitsamtes: „Industrial and Labour Information“ veranschaulicht. Nach dieser Quelle bestanden in Deutschland am 31. Dezember 1921 11.488 Tarifverträge für 697.476 Unternehmungen mit 12.882.874 beschäftigten Arbeitern, wovon 2.729.788 weiblichen Geschlechts waren. Am zahlreichsten waren die Tarifverträge in der Metallindustrie, dann in der Land- und Forstwirtschaft und in Bergwerken. — In der Tschechoslowakei wurden 1921 122 Tarifverträge abgeschlossen, die für 354.898 Arbeiter Geltung hatten. — In Österreich, wo die Einigungsämter berufen sind, die in ihrem Wirkungsbereich abgeschlossenen Tarifverträge zu registrieren, wurden im Jahre 1922 von zehn Einigungsämtern 1333 Verträge eingetragen. — In Rumänien besteht noch keine Gesetzgebung über Tarifverträge, doch sind solche dort in den letzten drei Jahren in zunehmendem Umfang eingeführt worden. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge nahm zu von 71 mit 27.498 beteiligten Arbeitern auf 167 mit 63.704 beteiligten Arbeitern 1922. — In Norwegen standen 1921 200 Tarifverträge in Kraft, die Geltung hatten für 91.162 Sonderarbeiter und 1247 Nichthandarbeiter. — Das russische staatliche Zentralamt veröffentlichte jüngst Angaben über Tarifverträge, wonach bis März 1922 120 allgemeine Verträge dieser Art vorhanden waren, die für 3.431.815 Arbeiter galten, von denen über zwei Millionen auf das Transport- und Verkehrswesen entfielen.

**Devisenkurse.**

**Prager Kurse am 14. Mai.**

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1332.—	1332.—
10.000 Mark . . . . .	6.95.00	7.95.00
100 belg. Franken . . .	197.50	197.00
100 schweiz. Franken . .	509.75	509.25
1 Pfund Sterling . . . .	155.75.00	157.25.00
100 Lire . . . . .	164.25.00	165.75.00
1 Dollar . . . . .	34.10.00	34.50.00
100 franz. Franken . . .	219.25	220.75
100 Dinar . . . . .	35.62.50	36.12.50
10.000 poln. Kronen . . .	63.00.00	67.00.00
10.000 österr. Kronen . .	6.62.50	7.62.50
10.000 österr. Kronen . .	4.50.00	5.00.00

**Züricher Schlusskurse am 14. Mai.**

	Geld	Ware
Paris . . . . .	36.60.00	36.75.00
London . . . . .	25.60.00	25.72.00
Berlin . . . . .	0.01.10.00	0.01.20.00
Mailand . . . . .	27.25.00	27.35.00
Holland . . . . .	217.50	218.00
Wien . . . . .	0.00.77.75	0.00.78.75
Budapest . . . . .	1.10.00	0.10.75
Braun . . . . .	16.52.50	16.57.50
New York . . . . .	5.56.25	5.56.75
Belgrad . . . . .	5.70.00	5.82.50
Warschau . . . . .	0.01.12.00	0.01.25.00
Wien gest. . . . .	0.00.00	0.00.00

**Die tschechische Krone notiert in:**

Paris . . . . .	Schw. Frank 16'55.00
Berlin . . . . .	Mark 132.500
Wien . . . . .	österr. Kr. 211'200

**Aus der Partei.**

**Bezirkskonferenz Aussig-Land.** Sonntag tagte bei Anwesenheit von 84 Genossen und Genossinnen die halb-jährliche Bezirkskonferenz von Aussig-Land. Genosse Bentel eröffnete die Konferenz, worauf Sekretär Horádel den Tätigkeitsbericht über das zweite Halbjahr 1922 erstattete, aus dem hervorging, dass die Auswirkungen der Spaltungsarbeit überhandnehmen. Trotz der Wirtschaftskrise konnten in den Monaten Feber und März mehr als hundert neue Parteimitglieder gewonnen werden. Genosse Bentel erstattete sodann ein Referat über die politische Lage. Hieraus sprach Genosse Pözl über die kommenden Gemeindevahlen und Genosse Belina über Organisation und Presse. Die anschließende Diskussion ergab den allseitigen Willen der Anwesenden, zu reger Arbeit für Partei und Presse. Ferner wurde die Abhaltung eines Bezirksfestes im Sommer beschlossen. Nach siebenstündiger Dauer wurde die anregend verlaufene Tagung geschlossen.

**Frauenkreiskonferenz in Aussig.** Das Frauenkreiskomitee beruft gemeinsam mit der Kreisvertretung für Sonntag, 3. Juni die dies-jährige Kreiskonferenz nach Aussig ein. Auf der Tagesordnung steht das Referat des Genossen Pözl über „Die Frauen und die Gemeindevahlen“ und ein Referat der Abg. Genossin Kirpal über die zukünftigen Aufgaben.

**Frauenbezirkskomitee Prag.** Heute Dienstag abends um 8 Uhr spricht Genossin Abg. Irene Kirpal über das Thema: „Die Frau im Wirtschaftskampfe unserer Zeit“. Die Genossinnen werden aufgefordert, diese Versammlung, die im blauen Saal des „Goldenen Kreuzel“, Rejzanská stattfindet, zahlreich zu besuchen.

**Kunst und Wissen.**

Der „Verein deutscher Arbeiter in Prag“ sendet uns folgenden Aufruf: Das deutsche Landestheater in Prag rüstet sich in diesen Tagen zu einer künstlerischen Großtat, die als das bedeutendste musikalische Ereignis der letzten zehn Jahre bezeichnet werden darf. Es gilt, Gustav Mahlers gigantische Schöpfung, die VIII. Symphonie, auszuführen. Seit Wochen sind 500 Mitwirkende mit dem Studium des gewaltigen Werkes beschäftigt, dessen Aufführung bisher nur in den allergrößten Musikzentren möglich war. Daß es nun abermals nach zehnjähriger Pause zur Aufführung kommt, ist ein Verdienst des

deutschen Landestheaters und seines unermüdbaren Musikchefs Alexander Zemlinsky. Pflicht der Deutschen Prag ist es nun, dieses Unternehmen durch zahlreichsten Besuch zu fördern und zu unterstützen. Der Leitung des „Vereines deutscher Arbeiter in Prag“ ist es durch das Entgegenkommen der Direktion gelungen, eine Aufführung der VIII. Symphonie, die Mahler selbst ein Geschenk an die ganze Nation nennt, der Reihe seiner volksbildnerischen Veranstaltungen in Form einer öffentlichen Generalprobe einverleiben zu können, die am Donnerstag, den 17. Mai, halb 8 Uhr abends, im Neuen Theater stattfindet. Kartenerkauf (Preise von 5—20, Logen bis 75 K) bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25 (Kleiner Saal).

**Neues Theater.** Heute Dienstag wegen des Begräbnisses der Frau des Präsidenten Masaryk geschlossen. Morgen Mittwoch „Das Rheingold“. Donnerstag und Freitag fünftes philharmonisches Konzert VIII. Wagner-Symphonie. Samstag Premiere „Lommlen in der Nacht“. Sonntag nachmittags „Die Bajadere“, abends „Der stehende Holländer“. Montag nachmittags das Studenten-Schauspiel „Alt-Heidelberg“, abends „Katja, die Tänzerin“.

**Kleine Bühne.** Heute Dienstag wegen des Begräbnisses der Frau des Präsidenten Masaryk geschlossen. Morgen Mittwoch Abschiedsabend Paul Morgan „Die japanische Puppe“. Freitag und Sonntag nachmittags das neue Lustspiel „Das blaue Wunder“. Samstag „Die kleine Zunderin“. Pfingstsonntag und Pfingstmontag „Leonce und Lena“. Montag nachmittags „Cherubim“.

**Turnen und Sport.**

**Fußball vom Sonntag.** Prag: Sporta gegen Viktoria Žitkov 5:0; verbienter Sieg der Sparta. Meteor Vinohrady gegen A.S. Brávoice 3:2. — Brünn: Moravská Slavia gegen Dobruška (Olmütz) 3:1; Zdenice gegen Br. Žil. 1:1. — Wien: Slavia Prag gegen Rapid 6:0 (3:0); Slavia war dem Resultate nach überlegen; Amateure geg. WAF. 1:0; Sportklub gegen Komira 4:0; Wader gegen Vertba 1:1; Daboch gegen Zimmering 2:1. — Nürnberg: Spielvereinigung Fürth gegen Sportfreunde Breslau 4:0. — Hamburg: S. Sportverein gegen Guts Muts Dresden 2:0. — Madrid: Real Madrid gegen Real Club 3:1. — Samstag schlug DFC Prag die Sportbrüder Prag in der Meisterschaft 7:1.

**Frauensport.** Das gestrige Frauensportmeeting der Slavia brachte folgende Ergebnisse: Die Pariser Damenstaffel lief 4x75 Meter in neuer Weltrekordzeit von 40 Sek., L. Havlíček erreichte im Hochsprung 136,5 Zentimeter. Weizlit II lief 100 Meter in 12,8 Sek. und Comte (Paris) die 65 Meter Hürden in 11,4 Sek. — Im Weizsprung I. Weizlit II 4,84 Meter, 60 Meter-Läuferin Weizlit II in 7,8 Sek. vor Gagneux (Paris). — Hochsprung: I. Petit (Paris) 137,5 Zentimeter, 2. Havlíček 136,5 Zentimeter. — Kugelstoßen: 1. Havlíček 15,97 Meter (zweihändig), Ro'at 15,96 Meter, 3. Petit (Paris) 15,91 Me-

ter. — 100 Meter: 1. Weizlit II 12,8 Sek., 2. Gagneux 13. — 200 Meter: 1. Prost (Paris) 28,9 Sek., 2. Drouard (Paris) 3. M. Havlíček. — Sperr: 1. L. Comte 38,97 Meter, 2. Rožena 38,13 Meter, 3. Sramet 36,53 Meter. — 4x75 Meter Staffel: 1. Frankreich (Gagneux, Petit, Bellu, Prost) in Weltrekordzeit 40 Sek., 2. Slavia (M. Havlíček, M. Rindl, Jurist, M. Valovita) 42,2, 3. Karlin. — Im Basketballspiel schlug Slavia das Pariser Team 6:1 (3:0). Samstag unterlagen die Französinnen in Veroun der dortigen Čechie nur 3:4.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**„GRAF“**  
ist die Marke der besten  
**Suppenwürze**  
Verlangen Sie  
**Originalflaschen!**



**Moorbad Bohdaneč**  
bei Pardubic

heilt erfolgreich Rheumatismus, Frauen- u. Nervenerkrankheiten, Moderner Einrichtung — Zentralheizung, Ausgedehnte Parkanlagen, Waldige Umgebung, Mäßige Preise, Vorzügl. Verpflegung, Tägl. Konzerte, Sommersaison beginnt am 2. Mai Tel. Nr. 2. Aufr. erledigt und Informationen erteilt umgehend die Badedirektion. Die Leitung liegt in den Händen des Herrn MUDr. O. Rožánek, langjährigen Fach- und Badaerztes im Weltbade Marienbad u. Bad Poděbrad.

Der schönste Ausflug wird oft dadurch verborgen, daß sich bereits nach kurzem Gehen Müdigkeitsgefühl und Fußschmerzen einstellen und dem Ausflügler den Trost rauben. Ein unfehlbares vorbeugendes Mittel sind Palma-Kautschukablässe und Kautschuksohlen, welche den Gang elastisch und angenehm machen. Erschlatterungen des Körpers, bezw. des Rückgrates, mildern und dadurch bewirken, daß Müdigkeitserscheinungen nicht so leicht aufkommen können.

Berausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Abtiegengesellschaft Prag.  
Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

Interessieren Sie im **Sozialdemokrat!** Wollen Sie ständlich...  
Korb, Berlin.

**„Louis“, der Adjutant.**

Von Jean Guiller-Boissière. 2  
Berechtigte Uebersetzung von Johannes Kunde.

Aber das Entsetzen des Adjutanten Bourbay überschritt das Maß des Ziemlichen. Er brauchte vier Stunden, um sich zu verschauen. Und als der Sturm vorüber war, da war es wirklich ein Vergnügen, das große Gerippe wie Kalbsgelee zittern und das verlorne, schmutzige, von grotesken Nerventicks durchschüttelte Gesicht zu sehen.

„Ach, Kamerad, hast du den „Louis“ bemerkt? Der ist aber zusammengeknallt!“

Eine ungeheure Enttäuschung bemächtigte sich des Pseudosoffiziers, der keine Beziehung sah zwischen der schönen Ordnung der Friedensübungen und dem wilden Lohwabbau, wodurch sich für ihn zwischen Geschloßschlägen und Angstschauern die moderne Schlacht charakterisierte. Und dann — welches Mittel hatte er, um sich Gehorsam und Achtung zu verschaffen, wenn die Ankündigung einer Strafe nur Achselzucken bei Männern hervorrief, die jede Minute ihr Leben wagten und daran noch gar nicht gewöhnt waren?

Seit seinem ersten Gang unter dem Kugelregen fühlte sich Bourbay, daß er für diesen Dienst nicht geschaffen war, und er begann Pläne zu schmieden, in der Nacht, in der Feuerlinie nicht alt zu werden.

Die Memoiren des ersten Kaiserreichs lehren, daß in den Schlachten wenigstens ein Drittel des Bestands ohne Urlaub — durch Abwesenheit glänzte. Während des Bewegungkriegs nahm sich eine ziemliche Anzahl von Kriegern, die ihre Knochen höher als ihren Ruhm ansahen, ein

Beispiel an den Vorfahren von Austerlitz und Waterloo. Genau in dem Moment, wo das Regiment in die Gefahrenzone einrang, stoppten die Driedeberger plötzlich unter dem trügerischen Vorwand, ihre Kamassen festmachen oder hinter einer Hecke austreten zu müssen.

Am 24. August war der Adjutant Bourbay der Meinung, daß unser kühner Angriff ohne sturmreif machendes Artilleriefeuer — es war zwischen Saint-Laurens und Noërs — zu kläglichem Scheitern verurteilt sei, und er wollte ohne Zweifel nicht unter den nutzlosen Opfern des Krieges figurieren. Beim ersten Kanonendonner stieß der „Louis“ seinen langen Säbel in die Erde und trat aus. Erst drei Tage später sehen wir ihn wieder. Gleichsam um einen Alibibeweis zu erbringen, führte er ein Duzend „Verpfengter“ seines Schlages heran, die übrigens alle nicht ermanneten, sich zu rechtfertigen, und bis ins kleinste ihre homerischen Heldentaten erzählten. Diese Driedeurer gelangten umso leichter, als der sogenannte Bewegungkrieg, wie er im Sommer 1914 geführt wurde, sich regelmäßig in zwei Tempi vollzog. Erstes Tempo: begeisterter Bajonettangriff gegen unsichtbare Kanonen und ebenso unsichtbare Drahtverhänge — bei „lebhaftem“ Feuer machte sich ein Drittel, wenn nicht die Hälfte des Effektivebestandes davon! Zweites Tempo: beim Ruf: „Rette dich, wer kann!“ den ein Infanterie oder ein Chorgierter ausfiel, der unter dem Geschloßgel einige Kaltblütigkeit bewahrt hatte, setzte im wahnsinnigen Nachrückwärtslaufen ein, während die Kugeln noch zwei oder drei Kilometer um die Weine wiffen. Diese Art „Vorwärt“ die so konträr dem Friedensreglement war, führte natürlich zu einem vollkommenen Durcheinander der Einheiten, die sich oft erst nach mehreren Tagen wieder gruppieren konnten.

Als der Adjutant als verlorener Sohn zurückkam, war niemand vom hierarchischen Standpunkt aus berechtigt, ihm Vorhaltungen zu machen, denn die drei Säbeltragenden waren, einer nach dem anderen, bei dem Angriff gefallen. Bourbay wurde automatisch Kompagnieführer.

Bei „Fosse“ konnte der „Louis“ einige Tage darauf sich in seiner ganzen Größe zeigen. Mehrere Stunden waren wir in einem geradezu unermesslichem Dickschicht umhertreibend. Die französische und die deutsche Artillerie wütelten darin um die Wette. Meine Kompanie hatte ebenfalls Leute durch die Wälder wie durch die Tier eingebüht. (Ich möchte hier ansetzen, daß mir die bizarre Furcht mancher Poilus, sie könnten Opfer der Kreuzgranaten werden und nicht der von Strupp abgestempelten, immer bloß erscheinenden ist. Das Resultat war das gleiche: sterben hieß es und nicht nachdenken.) Die Poilus irrten durch dieses Labyrinth — immer im Kreise — wie Eichhörnchen in ihrem Rad, bis sie endlich einen Waldhain erreichten: alle die von ihrer Truppe Abgehommenen schlüchteten in einen Kartoffelacker, wo sie sich instinktiv um den einzigen Führer scharten, der noch intakt war: um den verwegenen Bourbay.

Keiner von uns wußte recht, wohin ihn die Pflicht rief, und der Adjutant am wenigsten. Plötzlich setzte in einer Entfernung von wenigen hundert Metern Mäusetenfeuer ein, das zu einem crescendo wilden Lärmes anschwellte; französische Trompetensignale tönten hinein: „Da oben gibst'nen guten Tropfen!“ Diese gellende Fanfare, die mehr blaue Bohnen als einen Trunk Weines versprach, wurde für unseren Chef ausschlaggebend. Er ließ exerziermäßig zu vieren sammeln: dann bezeichnete er, wie bei Feldübungen, mit einer Armabewegung den Aus-

läufer eines ziemlich entfernten Wäldchens und führte, ohne zu zögern, seine Truppe in einer dem Kampf entgegengesetzten Richtung. Ein ganz vom Teufel Befessener, der sich diesen Abend ohne Zweifel mit Selbstmordgedanken trug, wagte eine Bemerkung. Der „Louis“ antwortete kategorisch: „Wollen Sie schweigen? Wer befiehlt hier: Sie oder ich?“

Die Nacht war hereingebrochen. Nachdem der Adjutant uns als Feldwache längs einer Straße — vorchriftsmäßig — postiert hatte, begab er sich zum Einholen von Befehlen in ein hinter der Front gelegenes Dorf.

Ein günstiger Umstand fügte es, daß in dem Dorf ein Divisionslazarett untergebracht war, wo der „Louis“ einen alten Freund traf, der sich geschickt „gedrückt“ hatte und mit dem er Karten spielte. In der Nacht noch bestieg unser Führer einen Zug voll Schwerverwundeter, dem er sieben Stunden später an der Côte d'Azur entstieg.

Sechs Monate darauf begegnete ich Bourbay im Depot.

In die Front war er nicht wieder gegangen. Der Kommandant, welcher neue Rekruten einzudrillen hatte, verfügte nur über unwissende Reservisten, die wenig Lust hatten, die Kasernenkücher zu spielen. Mit großer Freude stellte er den alten, erfahrenen Kapitulanten ein. Der „Louis“ exerzierte zunächst die Klasse 1914, dann 1915. Fern der Gefahr, hatte er seine Sicherheit sehr Mundwert wieder gewonnen; von früh bis abends erschollen seine donnernden Befehle auf dem Exerzierplatz.

(Schluß folgt.)



Der bekömmlichste Pudding aus Oetker's Puddingpulver  
Zusatz mit VANILLIN-MANDELSCHOKOLADE - Geschmack  
**BILLIG RASCH UND GUT**